Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der gratis erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 230 — Dienstag den 12. Oktober 1920 — 47. Jahrg.

Der Sparsamkeitsminister.

Der mitgeteilte Kabinettsbeschluß über die Maßnahmen zur Sparsamkeit verdient ernsthafte Beachtung in der gesamten deutschen Öffentlichkeit. Der Finanzminister wird danach in Zukunft seine Hauptaufgabe in der Sparsamkeit überhaupt sehen müssen, und als Sparsamkeitsdiktator ist ihm ein besonderer Reichskommissar zur Seite gestellt. Wir wollen hoffen, daß dieser neu geschaffene Posten des Reichskommissars zur Herbeiführung größtmöglichster Sparsamkeit nun wirklich der letzte Posten ist, der geschaffen wurde. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß der Beamtenapparat des Reichs geradezu unheimlich aufgequollen ist. Das hängt freilich zusammen mit den neuen Aufgaben, die dem Reich durch die Weimarer Verfassung zugewiesen sind, die aber jetzt wieder eingeschränkt oder eingestellt werden müssen. Man mag das in politischer Hinsicht manchmal bedauern. Aber allem steht aber zur Stunde das Gebot zur Sparsamkeit, und das Gebot ist das allererste und muß aufs unbedingteste durchgeführt werden. Nur die wirklich lebenswichtigen Interessen des Reichs müssen gewahrt werden. Alles, was darüber hinausgeht, muß in Wegfall kommen. Das klingt radikal, aber auch nur, wenn es radikal besolgt wird, ist eine Sparsamkeit möglich. Bisher bestand die Tatsache, daß infolge der Reichssteuergesetzgebung die Länder und Gemeinden versuchten, alles auf die Schultern des Reichs abzuwälzen, was nur irgendwie abwälzbar war. Auch gegen diese neu aufgebürdeten Lasten hat sich das Reichskabinett gewehrt, und durch seinen veröffentlichten Beschluß besonders darauf hingewiesen, daß auch die Länder und die Gemeinden sehr wohl in der Lage sind, eigene Aufgaben zu erfüllen. In den Leitsätzen ist klar ausgesprochen, daß grundsätzlich neue Beamtenstellen nicht bewilligt werden dürfen, und es ist weiter darauf hingewiesen worden, daß die in einer Kabinettssitzung überstimmten Ministerien — um ihre Ziele durchzusetzen — nicht eine eigene Politik treiben dürfen. Bisher war es nämlich so, daß man auf irgend welchen Schleichwegen doch versuchte, zum Ziel zu kommen, sei es, daß man sich an Reichskratsbevollmächtigte oder an Mitglieder des Reichstags heranmachte, um diese für die eigenen Pläne günstig zu stimmen. Ein solches Vergehen bedeutet unbedingt eine Gefährdung der Staatsautorität und ist weiterhin geeignet, den jetzt kundgegebenen Willen zur Sparsamkeit zu durchlöchern und illusorisch zu machen. Beamte, die trotz dieses Beschlusses derartige Schleichwege gehen, müssen auf jeden Fall zur Verantwortung gezogen werden. Wirklichen Erfolg kann der Finanzminister als Sparsamkeitsminister aber nur dann haben, wenn nicht nur bei der Reichsregierung, sondern auch bei den Ländern und den Gemeinden in gleicher Weise gespart wird, und wenn letzten Endes der Wille zur Sparsamkeit ein allgemeiner Wille des deutschen Volkes überhaupt wird.

*

Die Ernennung des Reichsfinanzkommissars und die Festlegung seiner Kompetenzen erfolgte in der Kabinettssitzung am 10. Oktober. Das Kabinett gibt gleichzeitig die

Leitsätze für die Gesundung der Finanzen

bekannt, mit deren Durchführung eben der Reichsfinanzkommissar beauftragt ist. Das Programm bezweckt die Verringerung der Ausgaben des Reichs und gibt dem Reichsfinanzminister die der schweren Finanzlage des Reichs entsprechende ausschlaggebende Stellung in der gesamten Ausgabewirtschaft des Reiches. Die Stellung des Reichsfinanzministers wird deshalb in folgender Weise

in formeller Weise

gestärkt:

1. Es dürfen von keinem Reichsministerium und keiner nachgeordneten Reichsbehörde oder Reichsstelle irgendwelche Maßnahmen, Neueinrichtungen oder Anordnungen, welche neue durch den Reichshaushalt oder sonstige gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können,

ohne vorherige rechtzeitig eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers

getroffen werden. Insbesondere haben alle Maßnahmen zu unterbleiben, welche der endgültigen Entscheidung des Reichsfinanzministers über die Bereitstellung neuer Mittel in irgend einer Weise vorzugreifen geeignet sind.

2. Wird die Zustimmung von dem Reichsfinanzminister versagt, und ist auch durch erneute Verhandlungen des Fachministers mit dem Reichsfinanzministerium eine Einigung nicht zu erzielen, so steht es dem Fachminister frei, die Entscheidung des Reichskabinetts herbeizuführen, sofern es sich um eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit handelt.

3. Beschließt die Reichsregierung in einer Frage von finanzieller Bedeutung gegen die Stimme des Reichsfinanzministers, so kann dieser gegen den Beschluß ausdrücklich Widerspruch erheben. Wird der Widerspruch erhoben, so ist über die Angelegenheit in einer weiteren Kabinettssitzung erneut abzustimmen; gegen die Stimme des Reichsfinanzministers kann nur durch die Mehrheit sämtlicher Reichsminister in Anwesenheit des Reichskanzlers oder in dessen Behinderung seines Vertreters Beschluß gefaßt werden.

4. In Angelegenheiten des Haushalts meldet das Fachministerium seine Forderungen bei dem Reichsfinanzministerium an. Das Reichsfinanzministerium stellt den Haushaltentwurf endgültig fest und legt ihn dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor. Bei strittigen Forderungen ist zunächst eine Einigung zu versuchen. Gelingt eine solche nicht, so hat die Aufnahme der von dem Fachministerium gestellten Forderung in den Haushaltsplan zu unterbleiben.

5. Die von dem Reichskabinett endgültig getroffenen Entscheidungen sind von sämtlichen Reichsministerien und nachgeordneten Behörden und Stellen, sowie von den einzelnen Beamten einheitlich und geschlossen als Wille der Reichsregierung zu vertreten.

In sachlicher Hinsicht

soll sich die gesamte Finanzgebarung und Wirtschaftsführung des Reichs streng nach folgenden Leitsätzen richten:

1. Der Aufgabenkreis des Reichs ist innerhalb der Grenzen der Verfassung so eng wie irgend möglich zu halten.

Neue Aufgaben dürfen nur aufgenommen und übernommen werden, wenn ihre Zwangsfinanzierung ohne jede persönlichen oder sachlichen Kosten für die Reichskasse möglich ist, oder es sich um unbedingt lebenswichtige Interessen des Reichs handelt.

3. Die bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen sind soweit als irgend möglich

einzuschränken und abzubauen

und die Kosten der Verwaltung in jeder Weise zu vermindern. Demgemäß sind die Verwaltungseinrichtungen und Stellen nach rein verwaltungstechnischen Gesichtspunkten auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit nachzuprüfen und im Falle des Bedürfnisses nach einem festen Plan abzubauen. Der beschleunigte Abbau der Kriegsorganisationen, insbesondere der Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen, ferner der Kriegsfonds und der Einrichtungen der alten Wehrmacht ist mit größtem Nachdruck zu betreiben.

4. Bei Leistungen sonstiger Ausgaben ist sowohl auf persönlichem wie auf sachlichem Gebiete die

allergrößte Sparsamkeit

zu üben und mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Ausgaben tunlichst niedergehalten und Ersparnisse gegenüber den Voranschlägen erzielt werden. Demgemäß haben alle nicht zu den Lebensnotwendigkeiten unmittelbar gehörenden Ausgaben vollständig zu unterbleiben oder sind auf das Mindestmaß einzuschränken.

Alle Anträge auf Bewilligung von Reichsmitteln sind auf jede mögliche Kürzung scharf nachzuprüfen und zwar nach rein sachlichen, nicht nach persönlichen oder politischen Gesichtspunkten. Grundsätzlich dürfen keine Ausgaben in den Haushalt eingestellt oder aus Mitteln des ordentlichen Haushalts bestritten werden, für welche eine Deckung durch ordentliche Einnahmen nicht vorhanden ist. Überschreitungen der Ansätze oder außerplanmäßige Ausgaben haben grundsätzlich zu unterbleiben.

Zur Sicherung der Durchführung dieser Leitsätze werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Sämtliche Ministerien haben sofort in eine eingehende Prüfung auschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten einzutreten, ob ihre jetzige Finanzwirtschaft und Geschäftsführung mit den Leitsätzen in Einklang steht, und ob und an welcher Stelle Einschränkungen gemacht und Ersparnisse erzielt oder zweckmäßige Änderungen vorgenommen werden können.

2. Für eine Übergangszeit wird ein Reichskommissar ernannt, der dem Reichsfinanzminister beigeordnet ist und unter dessen Verantwortung und unter Mitarbeit der Ministerien für die strengste Durchführung der Leitsätze, insbesondere für die Aufstellung von Plänen und Grundsätzen und ihre gleichmäßige Anwendung zu sorgen hat.

*

Der Reichsfinanzminister über die Besoldungsordnung.

Freiburg, 12. Okt. Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich in einem Schreiben an die „Freiburger Tagespost" über die gegenwärtige finanzpolitische Lage und über die Stellung der Reichsregierung zur Besoldungsordnung und deren Verabschiedung geäußert, wobei er u. a. sagte: Es handelt sich bei meiner Stellungnahme zu weitergehenden Beamtenwünschen nicht darum, dieser oder jener Beamtengruppe etwa aus Gesinnungsgründen eine höhere Stufung zuzubilligen oder zu versagen, sondern ich habe sowohl den einzelnen Ministern gegenüber wie auch in der entscheidenden Sitzung der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß es nach meiner Auffassung ganz unmöglich ist, im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage des Reiches solche weitgehenden Umformungen der Besoldungsordnung noch vorzunehmen, da außer dem schon jetzt erwachsenden Mehraufwand von 40 Millionen, die zu den Frühjahrsaufbesserungen hinzukommen, nochmals eine weitere Milliarde hinzutreten würde. Man mag den Finanzminister suchen, der es wagte, an den Reichstag zu treten, um jetzt, nachdem die letzte Ziffer des Fehlbetrages in der ungeheuren Höhe von 67 Milliarden bekannt geworden ist, die Besoldungsordnung des Reiches nochmals umzustürzen. „Ich habe nie verkannt, daß selbstverständlich nicht alle Härten der Besoldungsordnung nunmehr ausgemerzt sind. Im Besoldungsausschuß des Reichstages steht jetzt die Angelegenheit zur Beratung. Er hat jeden dieser Posten zu prüfen und den Finanzministern und seine Mitarbeiter zur Rechenschaft zu ziehen. Der Minister erinnerte in seiner Mitteilung, die er in einer der letzten Sitzungen des genannten Ausschusses gemacht hat, daß die Regierung für eine Besoldungsordnung, die einen gänzlichen Neuaufbau bedeutete, eine Verantwortung nicht übernehmen könne. Es handle sich nur noch darum, soweit als möglich in den letzten Entwurf Verbesserungen hineinzubringen. Alle Forderungen auf Hebung verschiedener Beamtenklassen unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit zu prüfen, sei Sache des Ausschusses. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen wird, die noch bestehenden Härten soweit als möglich auszugleichen und das Werk der Besoldungsordnung und die äußerst schwierige Frage der Stufung zum Abschluß zu bringen.

Ausdehnung des Gemeindearbeiterstreiks in Sachsen.

Dresden, 12. Okt. (WTB.) Die Lage im sächsischen Gemeindearbeiteraustand ist noch ungeklärt. Über die Einigungsverhandlungen in Dresden verlautet, daß bis jetzt noch keine Einigung zustande gekommen ist.

Plauen, 12. Okt. (WTB.) Die Arbeiter des städtischen Gaswerks und der städtischen Elektrizitätswerke sind heute früh auf Anweisung ihrer Verbandsleitung in den Ausstand getreten.

Chemnitz, 12. Okt. (T.-U.) Der Ausstand der städtischen Arbeiter ist noch nicht beigelegt. Infolge des Mangels an elektrischer Beleuchtung stellt die Post mit Eintritt der Dunkelheit ihre Tätigkeit ein. Auch die Ärzte und Zahnärzte sind in den Abwehrstreik getreten. Die Einigungsverhandlungen werden fortgesetzt.

Demonstration in Braunschweig.

Braunschweig, 12. Okt. (WTB.) Die Arbeiter und Angestellten veranstalteten hier eine Kundgebung gegen die Kartoffelnot und die Wucherpreise. Eine Abordnung begab sich zu dem hier anwesenden Ernährungsminister Dr. Hermes, welcher versprach, einen dringenden Appell an die Kartoffelerzeuger zu richten, und nachmals bei der Reichsregierung vorstellig zu werden. Die Demonstranten erklärten sich vorläufig damit zufrieden.

Gegen die russischen Gewerkschaftsdelegierten.

Berlin, 12. Okt. (T.-U.) Die Delegierten der russischen Gewerkschaften müssen, wie die unabhängige „Freiheit" erfährt, ihren Aufenthalt in Deutschland abbrechen, weil die Delegation aus dem Auswärtigen Amt die Mitteilung erhielt, daß sie sich nur noch bis zum 14. Oktober in Deutschland aufhalten darf. Auch dies darf sie nur unter der Bedingung, daß ihre Mitglieder nicht mehr in Arbeiterversammlungen auftreten.

Prozeß im Cöthener Räteputsch.

Dessau, 12. Okt. (WTB.) Vor einem Ausnahmegericht begann heute der Prozeß gegen zwanzig Rädelsführer des Cöthener Kommunistenputsches, gelegentlich dessen die Räterepublik Cöthen ausgerufen worden war. Unter den Angeklagten befindet sich auch der zeitweilige Vorsitzende des Cöthener Vollzugsrats, Privatlehrer Berg.

Englisch-französischer Dämpfer an die Polen.

Paris, 12. Okt. (T.-U.) Nach dem „Echo de Paris" haben die französische und die englische Regierung beschlossen, im Hinblick auf die Besetzung von Wilna durch den General Zeligowski eine Note nach Warschau zu senden, in der die Polen aufgefordert werden, in der Grenzfrage ein größeres Entgegenkommen zu zeigen.

Die internationale Wirtschaftskonferenz.

London, 12. Okt. (WTB.) Die internationale Wirtschaftskonferenz wurde gestern hier eröffnet. Die deutsche Reichsregierungsbeauftragte Frau Krüger gab u. a. ein genaues Bild von der schlechten Ernährungslage Deutschlands. Dr. Walther Rathenau, dem bekanntlich die Einreiseerlaubnis versagt wurde, wurde nicht zu der Konferenz zugelassen, weil er angeblich während des Krieges der Hauptleiter der deutschen Propaganda gegen England gewesen sei.

Verschärfung des Streiks im Zeitungsgewerbe in Berlin.

Berlin, 12. Okt. (TU.) In einer stark besuchten Versammlung der Funktionäre des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurde erklärt, daß die Buchdrucker Berlins jede Arbeit für die Druckereien der Streikenden und Ausgesperrten im Zeitungsgewerbe verweigern werden. Die Redakteure der Firma Mosse haben sich in einer Resolution gleichfalls auf den Standpunkt gestellt, daß die Entlohnung der verheirateten Arbeiter und Angestellten dringend einer Verbesserung bedarf.

Berlin, 12. Okt. (TU.) Das Nichterscheinen Berliner Zeitungen gibt verantwortungslosen Elementen Anlaß, allerlei Putschgerüchte in die Welt zu setzen und dadurch die Bevölkerung zu beunruhigen. Der Berliner Polizeipräsident erklärt, daß kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vorhanden ist. Die allgemeine Lage ist als durchaus ruhig zu betrachten.

Infolge des Streiks erscheinen in Berlin keine bürgerlichen Zeitungen mehr; auch die „Welt am Montag" ist verhindert, zu erscheinen. Es wurde versucht, in Charlottenburg eine sogenannte Einheitszeitung herzustellen, doch weigerte sich das Personal, solche Streikarbeit zu leisten; es wurde sofort fristlos entlassen. Man steht hier vor großen Ereignissen.

Vom unabhängigen Parteitag.

Halle, 12. Okt. (WTB.) Mit fast einstündiger Verspätung wurde der Parteitag der U. S. P. heute vormittag im Volkspark hier von dem Vorsitzenden Artur Crispien eröffnet. Er führte u. a. aus: Wie Deutschland, so leidet die ganze Welt unter dem Zusammenbruch des Kapitalismus. Ökonomisch hat der Kapitalismus abgewirtschaftet, politisch versteht er noch aber stärkere Mächte. Es muß die Aufgabe des klassenbewußten Proletariats aller Länder sein, dem Kapitalismus die politische Macht zu entreißen und eine starke internationale Macht zu errichten, um die Menschheit durch die Verwirklichung des Sozialismus zu einer höheren Kulturstufe zu führen. Redner schloß mit den Worten: Wir zweifeln nicht daran, daß der Parteitag aus den jetzigen schweren Stürmen hervorgehen wird, und seine gewaltige Aufgabe für das Proletariat erfüllen wird. — Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden gewählt Dittmann und Braß.

Unterzeichnung des russisch-polnischen Vorfriedens.

Warschau, 12. Okt. (T.-U.) In einer Extraausgabe meldet ein hiesiges Blatt aus Riga, daß das Waffenstillstands- und Vorfriedensabkommen von den russischen und polnischen Vertretern unterzeichnet wurde. Das Waffenstillstandsabkommen besagt u. a., die russischen und die polnischen Truppen haben sich je 15 Kilometer von der Demarkationslinie zurückzuziehen. Die dadurch entstehende 30 Kilometer breite Zone wird als neutrale Zone erklärt. 144 Stunden nach dem Waffenstillstandsabkommen werden die Feindseligkeiten eingestellt. Der Waffenstillstand ist für 21 Tage abgeschlossen. Sollte er in diesem Zeitpunkt nicht gekündigt werden, so läuft er automatisch bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages weiter.

Die Lage im Reiche.

Der Kampf um den Kartoffelpreis.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Nie hat sich das Vaterland in ernsterer Lage befunden als gegenwärtig. Nie war deshalb ein engeres Zusammenhalten zwischen allen Schichten der Bevölkerung notwendiger denn heute. Statt dessen sehen wir leider schärfste Gegensätze parteipolitischer und wirtschaftspolitischer Art. Zu den letzteren gehört auch der bedauerlich wachsende Gegensatz zwischen Stadt und Land. In Wirklichkeit kommt er nämlich auf den wirtschaftspolitischen Gegensatz zwischen den Erzeugern und Verbrauchern hinaus.

Die Kriegswirtschaft mit ihrem Bestreben, die Stimmung im Volke hoch und darum die Lebensmittelpreise unter allen Umständen niedrig zu halten, hat zuerst diesen Gegensatz geschaffen. Dann hat ihn die „eine Konsumentenpolitik" der sozialdemokratischen Ernährungsminister Wurm und Schmidt befestigt. Heute wird er schon fast als eine Selbstverständlichkeit hingenommen. Und doch verlangt es das vaterländische Interesse dringend, daß er überwunden wird.

Gegenwärtig entzweit der Zank um die Kartoffelpreise Stadt und Land. Von sozialdemokratischer Seite werden die hohen Kartoffelpreise mit der Freigabe der Kartoffelwirtschaft in Zusammenhang gebracht. Dort wollte man ja überhaupt die Zwangswirtschaft erhalten, weil sie dem sozialistischen Wirtschaftsideal so nahe kommt. Deshalb wird jetzt jede Gelegenheit hervorgesucht, um angebliche Wucherpreise der freien Wirtschaft aufzudecken. So müssen auch die Kartoffelpreise herhalten. Tatsächlich sind aber seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft die Kartoffeln nicht teurer, sondern an vielen Orten billiger geworden! Es darf auch nicht vergessen werden, daß die neue Preisfestsetzung für Kartoffeln vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schmidt errechnet und parlamentarisch vertreten worden ist. Danach betrug der Erzeugerindestpreis für den Zentner 25 M, mit Lieferungsprämien 31 M. Würde die Zwangswirtschaft beibehalten, so kämen auf jeden Zentner noch mindestens 25 M Unkosten für die Organisation der Kartoffelbewirtschaftung. Wir hätten dann heute Kartoffelpreise im Kleinhandel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201012-11/fragment/page=0001

von 45 bis 55 ℳ für den Zentner und dazu noch ungenügende Rationierung und vielfach mangelhafte Qualität. Demgegenüber kann für Berlin erfreulicherweise festgestellt werden, daß der Zentner ausgesuchter Ware 40 ℳ in den Berliner Vororten 35 ℳ im Kleinhandel kostet.

Das Beispiel ist lehrreich! Wenn die Verbraucher in den Großstädten mit parteipolitischen Agitationen und falschen Tatsachen verhetzt werden, so entsteht nicht nur Verbitterung unter den Verbrauchern, sondern auch unter den landwirtschaftlichen Erzeugern, gegen die sich in erster Linie die Verhetzung richtet. Denn auf dem Lande weiß man, daß eine reine Konsumentenpolitik außerordentliche Ernährungsschwierigkeit für das deutsche Volk nicht gestattet. Die allgemeine Teuerung verschont ja die Landbevölkerung nicht. Arbeitslöhne, Preise für die Düngung, Spann- und Nutzvieh steigen fortgesetzt und treiben auch die Preise für die ländlichen Erzeugnisse in die Höhe. Das sollte man auch in den Städten nicht übersehen. Den Erzeugern, was den Erzeugern gebührt, und den Verbrauchern, was sie billigerweise zahlen können, das muß die Losung sein! Die Demokratie ist auch hier berufen, eine Ausgleichspolitik zu treiben und die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu verwischen oder doch auf ein erträgliches Maß herabzusetzen.

*

Die allgemeine Lage ist ruhig!

Berlin, 12. Okt. Gegenüber Putschgerüchten, die durch das Nichterscheinen der Berliner Blätter veranlaßt wurden, versicherte der Polizeipräsident Richter gegenüber einem Vertreter, daß kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vorhanden sei. Im Gegenteil sei die allgemeine Lage als durchaus ruhig zu bezeichnen.

Die Waffenablieferung.

Berlin, 12. Okt. Die freiwillige Ablieferung von Waffen wurde gestern beendet. In der Stadt Berlin wurden abgegeben 34 500 Gewehre und Karabiner, 1064 Maschinengewehre und Maschinenpistolen, 1 960 000 Schuß Handwaffenmunition. Die Ablieferung von Waffen war im ganzen Reiche eine recht beträchtliche. So wurden nicht weniger als 17 Kanonen zur Ablieferung gebracht.

Die Überlastung des Fernkraftwerks Bitterfeld.

Berlin, 12. Okt. Infolge der immer stärker werdenden Kohlenknappheit ist die Beanspruchung des für Mitteldeutschland errichteten Fernkraftwerkes Bitterfeld so außerordentlich groß geworden, daß man in allen Fachkreisen ernstliche Befürchtungen darüber hegt, ob die Belieferung der Berliner Industrie mit elektrischem Strom in den kommenden Monaten aufrechterhalten werden kann.

Streik aller städtischen Arbeiter in Sachsen.

Leipzig, 12. Okt. Der Streik der städtischen Arbeiter in Chemnitz, dessen Ausbruch wir gestern berichteten, steht im Zusammenhange mit einer Gesamtstreikbewegung der sächsischen Gemeindearbeiter. Es treffen bereits außer in Chemnitz die Gas- und Elektrizitätsarbeiter in Leipzig und Dresden. Am Dienstag sollen alle übrigen Städte folgen. Alle Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Die Wasserwerke kommen vorläufig für einen Streik nicht in Betracht. Nur wenn die technische Nothilfe eingreift, sollen auch die Wasserwerke in den Ausstand gezogen werden. Auch die Notstandsarbeiten würden dann eingestellt werden.

Politische Uebersicht.

Zur Eroberung von Wilna durch die Polen.

Die Eroberung von Wilna durch die Polen stellt sich als eine eigenmächtige Aktion des polnischen Generals Szeljezorski heraus, der entgegen den Abmachungen über die Festsetzung einer Demarkationslinie und unter Bruch des mit Litauen abgeschlossenen Waffenstillstandes die Stadt besetzt hat. Der polnische Heeresbericht vom 9. Oktober gibt darüber näheren Aufschluß.

Wie es zur Besetzung von Wilna kam.

Warschau, 12. Okt. Im polnischen Heeresbericht vom 9. d. M. heißt es u. a., daß General Szeljezorski folgenden Fernspruch an das Armeekommando zu Händen des Armeeführers gesandt hat: „In Anbetracht der Tatsache, daß die mit Litauen vereinbarte Demarkationslinie auch die Gebiete von Grodno, Lida und Wilna den Litauern zuschlägt, habe ich den Entschluß gefaßt, mit der Waffe das Selbstbestimmungsrecht meiner Heimat selbst zu schützen und habe das Kommando über die aus jenen Gebieten stammenden Truppen übernommen.

Über die Lage der Truppen des Generals Szeljezorski traf folgende Meldung ein: Die Abteilungen des Generals Szeljezorski haben Wilna eingenommen. Szeljezorski wurde in Wilna vom französischen Gouverneur empfangen, der ihm vorschlug, Wilna von den Besatzungen freizumachen. General Szeljezorski ist auf diesen Vorschlag nicht eingegangen.

Die Haltung des polnischen Armeekommandos.

Warschau, 12. Okt. In dem polnischen Heeresbericht vom 10. Oktober heißt es: Die unverzüglich vorgenommene Untersuchung in der Angelegenheit der eigenmächtigen Aktion des Generals Szeljezorski ergab, daß der Grund des Vorgehens seiner Abteilungen in der Erbitterung liegt, welche unter den Offizieren und Soldaten, die sich aus jenen Gebieten rekrutieren, auf Grund aus Wilna gekommener Nachrichten über Gewalttätigkeiten und Repressalien gegenüber ihren Familien und der gesamten polnischen Bevölkerung veranlaßt wurde.

Litauens Protest.

Die „Hamby. Nachr." melden: Die Kopenhagener litauische Gesandtschaft veröffentlicht folgendes amtliche Telegramm vom Sonnabend: „Polen hat unter Mißachtung der Delegierten des Völkerbundes, bestehend aus Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans, den Waffenstillstand mit Litauen unterzeichnet. Trotz der Unterzeichnung der Bedingungen haben die polnischen Heere gegen den energischen Protest der Völkerbundsdelegierten mit voller Heeresstärke ihren Vormarsch fortgesetzt, bei Wilna ist erbittert gekämpft worden. Die Litauer bereiten sich vor, die Bevölkerung und damit die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes bis zum letzten Augenblick zu verteidigen.

Ein Franzose — Gouverneur von Wilna.

Paris, 12. Okt. Oberst Nabou, der Präsident der französischen Militärmission, ist zum Gouverneur von Wilna ernannt worden. Somit ist von Flüchtlingen überfüllt, die Wilna vor dem Einmarsch der Polen verlassen haben.

Rußland mobilisiert!

Moskau, 11. Okt. Havas. Der Rat der Volkskommissare für Arbeit und nationale Verteidigung erließ ein Dekret, demzufolge alle Bürger von Sowjetrußland, die in den Jahren 1886, 1887 und 1888 geboren sind, mobilisiert werden.

*

Das Ergebnis der Abstimmung in Kärnten.

Klagenfurt, 11. Okt. Die gestern vorgenommene Volksabstimmung hat mit einer großen Mehrheit dem Willen der Bevölkerung Ausdruck gegeben, in einem ungeteilten Kärnten bei Österreich zu verbleiben. Mehr als 60 v. H. haben sich für die Zugehörigkeit zu Österreich ausgesprochen. Der ruhige Verlauf der Abstimmung ist den Maßnahmen der Ententeoffiziere zu danken, die in der Nacht die Gruppierung der Slowenen und der Prügelbanden durchführten ließen. Das endgültige Ergebnis der Abstimmung dürfte erst Dienstag zu erwarten sein.

Das Abstimmungsgebiet war von zahllosen Propagandaautomobilen überschwemmt. Eines der südslawischen Propagandaautomobile hatte den Kühler mit österreichischen Fahnenmedaillen bekleidet, um seine Wertlosigkeit zu dokumentieren. Auf einem anderen sah man ein Plakat mit einem aufgetriebenen und daneben einem geplatzten Frosch mit der Aufschrift: „Vor und nach dem 10. Oktober." Das österreichische Werbeplakat zeigte einen Totenkopf mit der serbischen Mütze und gekreuzten Gewehren mit der Aufschrift: „In Südslawien ist Krieg und Wehrpflicht, daher einrücken!" Das hat auch viele Südslawische beeinflußt. Zwischen den Automobilen sah man große Strieykel aus weißem Mehl herumtragen.

Der Abstimmungssieg in Kärnten, dem deutschen „Horchposten" an der Dreirasengrenze in Südosteuropa, ist ein stolzes Bekenntnis der Österreicher zum Deutschtum. Vergegenwärtigt man sich die drakonischen Bedingungen, die den Kärntnern auferlegt worden waren, denkt man weiter daran, daß die Besatzungstruppen und die südslawischen Prügelbanden den Bewohnern ihre deutsche Gesinnung mit Bajonett, Peitsche und Kerker auszutreiben „redlich" bemüht gewesen sind, so haben wir alle Ursache, mit dem Abstimmungsergebnis zufrieden zu sein. Das Volk, das sich 1919 erst nach schweren Kämpfen das Zugeständnis der Abstimmung errang, hat der Entente deutlich zu verstehen gegeben, daß es nichts wissen will von irgendwelchen Balkanisierungsplänen, sondern daß es bleiben will, was es war: deutsch jetzt und in alle Zukunft!

Serbien.

Die jugoslawischen Friedensforderungen.

Belgrad, 12. Okt. Südslawisches Pressebüro. Die jugoslawische Friedensdelegation stellt für die Verhandlungen in St. Paolo folgende Minimalforderungen auf: Fiume mit dem Hafen kommt unter das Protektorat des Völkerbundes. Dalmatien wird mit allen Inseln Jugoslawien einverleibt. Jugoslawien fordert Skutari, weil Italien das Übereinkommen von Triest über Albanien verletzt hat.

Türkei.

Eine mohammedanische Erhebung gegen die Westmächte?

Amsterdam, 11. Okt. Die „Chicago Tribune" veröffentlicht eine Erklärung von 50 Fürsten, Sultanen und Häuptlingen aus der Türkei, Arabien und anderen Ländern, die zusammengetreten sind, um eine Revolution der mohammedanischen Welt gegen Großbritannien, Frankreich und andere Westmächte zu organisieren. Eine Zentralkommission bereitet eine geheime Versammlung vor. Ferner wird gemeldet: Die irländische Geheimgesellschaft „Wachsamkeit" in Amerika nahm eine Entschließung der Irländer in den Vereinigten Staaten an, wonach die republikanische Staatsform für Irland ebensowenig in Frage kommt wie die Einreihung Irlands unter die englischen Dominions. Das irländische Volk wünsche die Einsetzung einer königlichen Dynastie von Irland mit dem Herzog von York, dem jüngeren Bruder des Fürsten von Wales, Prinzen Albert, an der Spitze. Dieser würde beim Besteigen des irländischen Thrones den Namen Patrick I. annehmen.

*

Deutschland.

Der Sozialisierungsausschuß der demokratischen Reichstagsfraktion hat vorige Woche seine erste Sitzung abgehalten, um gemäß den Ulmer Beschlüssen neue Vorschläge für die praktische Durchführung der Sozialisierung der Kohle auszuarbeiten. In dem Ausschuß sitzen die Abgg. Erkelenz, Fischer, Gothein, Schiffer, v. Siemens und Ziegler. Der Ausschuß tritt am 18. Oktober erneut zusammen, um seine Vorarbeit weiter zu führen.

Deutsche Volkspartei und Sozialisierung.

Durch die „Tägliche Rundschau", die bald für die Deutsche Volkspartei und bald für die Deutschnationale Volkspartei schreibt, war über die Stellung der Deutschen Volkspartei zum Sozialisierungsproblem Verwirrung geschaffen worden. Das Blatt hatte sich nämlich bemüht, den Willen der Deutschen Volkspartei zur Mitarbeit an der Sozialisierung der Kohle umzudeuten und die Sache so darzustellen, als ob nach wie vor die Partei jegliche Sozialisierungsgedanken ablehne. Unter anderem hatte sie auch abgestritten, daß die Minister der Deutschen Volkspartei im Reichskabinett für Sozialisierung des Bergbaues mitgestimmt hätten. Demgegenüber hat nun der Reichsschatzminister v. Raumer im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats den Standpunkt sowohl des Reichskabinetts, wie seiner Partei zur Sozialisierung klar gestellt. Danach ist der Kabinettsbeschluß vom 22. September einstimmig erfolgt, wonach der Reichswirtschaftsminister „auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen" hat. Ein Gegensatz zwischen den Ministern der Deutschen Volkspartei und diesem Kabinettsbeschluß besteht nicht. Natürlich identifiziert sich das Kabinett nicht mit den Beschlüssen der Sozialisierungskommission, sondern werde eine durchaus selbständige Vorlage bringen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei werde eigene positive Vorschläge machen, wenn die Regierungsvorlage; das sei. Das Kabinett stehe nach wie vor geschlossen auf dem Boden der Regierungserklärung vom 22. September.

Provinz und Nachbarländer.

Die Blutrache an der Familie Scheers ein Racheakt.

Jena, 12. Okt. Wie jetzt einwandfrei feststeht, ist der Mörder der Gattin des Admirals Scheer ein ehemaliger Marineoffizier. **Weimar, 12. Okt.** Die von der Polizeibehörde sowie der Staatsanwaltschaft fortgesetzten Ermittelungen über die Persönlichkeit des Mörders Büchner haben ergeben, daß es sich um einen außerordentlich fanatischen Menschen gehandelt hat, der zu allem fähig war, sofern er von politischen Führern benutzt wurde. Gelegentlich einer längeren Behandlung bei einem hiesigen Arzt trat diese Eigenschaft in der leidenschaftlichen Vertretung kommunistischer Ideen wiederholt zutage. Obgleich Büchner bezüglich seiner geistigen Fähigkeiten als erblich belastet erscheint, kann von einer geistigen Minderwertigkeit im Sinne des Gesetzes nicht gesprochen werden. Die Nachforschungen erstreckten sich auch auf den früheren Aufenthalt des Mörders in Halle und Magdeburg sowie über seinen dortigen Verkehr. Die Beerdigung der Opfer findet am Dienstag nachmittag statt.

Ein wilder Streik.

Halle, 12. Okt. Auf dem bei Oberröblingen gelegenen Braunkohlenwerk der Riebeckschen Montanwerke ist gestern morgen ein wilder Streik ausgebrochen, an dem 1500 Bergleute beteiligt sind. Die Leute verlangen u. a. 2 Morgen Ackerland an jeden Bergmann. An dem Streik sind die Gewerkschaften nicht beteiligt.

*

† **Halle, 11. Okt.** In den Räumlichkeiten wurde der Generaldirektor der Ammendorfer Papierfabrik von Angehörigen der roten Armee in seiner Villa überfallen und durch Schüsse schwer verletzt. Wegen dieser Straftaten hatte sich jetzt vor der Strafkammer der Arbeiter Friedrich Lober aus Ammendorf zu verantworten. Die Strafkammer verwies jedoch die Sache an das Schwurgericht, da versuchter Mord vorliegt. — In Halle wurden das Ehepaar Strauß aus Magdeburg, der Geschäftsführer Probst aus Berlin und die Zuckerwarenhändlerin Wolf aus Halle festgenommen, weil sie in Halle, in den Nachbarorten und im Freistaate Sachsen gefälschte Zuckermarken in großer Zahl vertrieben haben. Bei Strauß wurden noch für 14 Zentner Zuckermarken beschlagnahmt. Probst hat große Mengen auch in Magdeburg abgesetzt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Heute wurden in Halle abermals eine Anzahl Personen verhaftet.

† **Magdeburg, 9. Okt.** Der erste Direktor Dr. Arnold, der Prokurist Dupont und zwei weitere Angestellte der Chemischen Fabrik Buckau A.-G. wurden auf Antrag des Landespolizeiamtes Berlin von der Staatsanwaltschaft verhaftet. Sie werden beschuldigt, große Mengen Ätzkalk und Kalilaugen verbotswidrig ins Ausland geliefert zu haben. Bei einigen der Verhafteten wurden sehr hohe Geldsummen beschlagnahmt, bei denen es sich um Schmiergelder handelt.

† **Altenburg, 9. Okt.** Der seit Mitte August vermißte Landesbankstellenleiter Pöpitz, der in Garmisch in der Sommerfrische weilte, ist jetzt als Leiche in einem Schlucht bei Garmisch aufgefunden worden, ohne daß eine Todesursache genau festgestellt werden konnte.

† **Greiz, 10. Okt.** Das Millionenprojekt der Saaletalbahn in den Bleilöchern ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die reußische Regierung hat mit der Karl-Zeiß-Stiftung in Jena ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Vorarbeiten, bis zum 31. Dezember d. J. beendet sein müssen. Der reußische Staat beteiligt sich am Gesellschaftskapital bis zu 51 Prozent.

Merseburg und Umgegend.

12. Oktober.

** **Der Gaspreis** im Monat Oktober beträgt wie im Vormonat für Leucht- und Kochgas 1,50 ℳ, für Münggas 1,60 ℳ je Kubikmeter.

** **Lustbarkeitssteuer.** Der Magistrat macht im heutigen Amtsblatt bekannt, daß jede Veranstaltung von Lustbarkeiten aller Art vor deren Beginn beim Stadtsteueramt anzumelden ist. Vergl. betr. Bekanntmachung.

** **Winterfahrplan auf den deutschen Reichseisenbahnen.** Wie wir hören, tritt der diesjährige Winterfahrplan nicht am 25. Oktober, sondern bereits am Sonntag den 24. Oktober in Kraft.

** **Verbilligung des Kartoffeltransports.** Vom 1. November an werden die Kartoffeln in die niedrigste Frachtklasse eingereiht. Dadurch wird der Kartoffeltransport weiter verbilligt und die Kartoffelversorgung erleichtert.

** **Eine praktische Bestimmung für den Bahnsteigdienst.** In letzter Zeit wird das Abfertigen der Personenzüge auf größeren Bahnhöfen häufig dadurch erschwert, daß die Pförtner und das Aufsichtspersonal beim Einlaufen der Züge den Stand der einzelnen Wagenklassen im Zuge nicht bekanntgeben. Zur Vermeidung von Zugverspätungen und unnötigem Durcheinanderlaufen der Reisenden hat daher die Eisenbahndirektion die Bahnhofspförtner und das Stationspersonal erneut angewiesen, schon vor dem Einlaufen der Züge die Stelle zu bezeichnen, wo die Wagen der einzelnen Klassen halten werden. Außerdem haben die Schaffner bei der Abfertigung der Züge dem einsteigenden Publikum sofort die Wagen zu bezeichnen, in denen noch Plätze frei sind.

** **Kalter Oktober.** Fast scheint der diesjährige Weinmonat in die Fußstapfen seines vorjährigen Zeitbruders einzutreten, der uns einen so frühen Winter gebracht hatte. Die Temperatur des Oktober bewegt sich nämlich ziemlich in ruhen und kalten Bahnen. In den letzten acht Nächten stürzte das Quecksilber regelmäßig bis auf 3—4 Grad über Null zurück und heute in der Frühe war es einfach recht kalt, zeigte doch das Thermometer nur 2 Grad über Null. Die Dächer zeigten einen dünnen weißen Reif, der beim Hochkommen der Sonne rasch verblaßte. Am Laub machten sich die ersten kalten Morgen der vorigen Woche sehr bemerkbar. Das Thermometer zeigt deutlich die Kristallbrahme, die sonne, die bös Quecksilber nur mit größter Anstrengung auf die Krankentemperatur von 16 Grad bringt, es aber meist darunter läßt. Die Folge des plötzlichen starken Rückfalles der Temperatur ist natürlich ein allgemeines Bemerken von Erkältungen und Schnupfen. Trotzdem bietet uns dieser Oktober die schönsten Herbsttage im hellen Sonnenlicht — es sind Tage wie die des ersten Frühlings, voll milden sonnigen Glanzes, die oft wundersam berühren.

** **Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener (Ortsgruppe Merseburg),** hielt am Sonntag den 10. Oktober im kleinen Saale des Casino ihre Monatsversammlung ab, die einen guten Besuch aufwies. Der erste Vorsitzende, Kamerad Kurth, eröffnete 9¾ Uhr die Versammlung, ließ die Niederschrift der vorigen Monatsversammlung verlesen und erteilte dem ersten Referenten, Kamerad Meißner aus Weißenfels, das Wort, der hervorhob, es könne in der Leitung der Reichsvereinigung noch nicht alles so gut gehen, wie es gehen solle, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener noch nicht allzulange Zeit bestehe. Die Vereinigung sei vollkommen unpolitisch und müsse es sein. Redner nannte es eine „erbärmliche" Handlungsweise der Regierung, daß dieselbe nicht die Einfuhr von ausländischem Schmalz, Kakao und anderen Nahrungsmitteln gestatte. Die einheimischen Produkte dieser Art seien erheblich schlechter; daher trage eine derartige Handlungsweise der Regierung nur zur Stärkung des einheimischen Kapitalismus bei. (Hier scheint der Redner ganz und gar verpessen zu haben, daß durch maßlose Einfuhr unsere nationale Produktion zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft vollkommen erwürgt würde, unsere Valuta weiter fiele, und wir so unausfüllsam dem Staatsbankerott entgegentreten würden.) Redner dann dann ab die Einrichtung der Ortsgruppe Weißenfels zu sprechen, die er klar und anschaulich schilderte. Zuletzt empfahl er der hiesigen Ortsgruppe den Anschluß an den Landesverband Thüringen, da dem Landesverband Magdeburg, dem die Ortsgruppe Merseburg bisher angehört habe, durchaus eine umständige und feste Leitung fehle. — Hierauf ergriff Professor Dr. Böhmer aus Halle zu folgenden Ausführungen das Wort. Er habe, obwohl er als Offizier in Gefangenschaft geraten sei, 4 Jahre in Mannschaftsgefangenenlagern — unter andern in Tunis und der Wüste Sahara — wie alle anderen Kameraden die französischen Henkersknechte richtig einschätzen gelernt, da seine Offizierswürde erst 10 Monate vor seiner Auslieferung anerkannt worden sei. Die Grundlage der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, die er mit gegründet habe, sei eine ideelle und auch materielle; eine ideelle, da die gemeinsam erduldeten Qualen ein dauerndes Band der Lebensgemeinschaft um die Kameraden zöge, eine materielle, da die wirtschaftliche Notlage der ehemaligen Kriegsgefangenen die Kameraden doch geradezu zur Einigung dränge! Er habe früher den Standpunkt eingenommen, daß den ehemaligen Kriegsgefangenen der gesamte Sold, soweit sie ihn nicht bereits in der Gefangenschaft erhalten hätten, nachgezahlt werden sollte. Doch dieser Rechtsstandpunkt entspräche nicht dem sozialen Empfinden: ein höherer Offizier, der verhältnismäßig wenig gelitten habe, würde demnach eine hohe Summe ausgezahlt bekommen, während ein gemeiner Soldat, der die schlimmsten Qualen zu erdulden gehabt habe, und dem sein Sold, da er denselben zum täglichen Lebensunterhalt bitter notwendig gebraucht habe, von seinen Angehörigen nachgeschickt worden sei, vollkommen leer ausgehen würde. Ferner stände der Auszahlung des gesamten Soldes auch unsere außerordentlich schlechte finanzielle Lage entgegen. Er halte folgende zwei Maßnahmen für richtig: 1. eine Erhöhung der wirtschaftlichen Beihilfe, die jetzt nur 300—600 ℳ betrage; 2. eine Nachzahlung der Lohndifferenz, die dem Kriegsgefangenen dadurch verloren gegangen sei, daß er nach dem Waffenstillstand im zerstörten Gebiete zwecks Wiederaufbau zurückgehalten und so an einer Reise im Vaterland gehindert worden sei. Ferner solle für die Witwen, die den Kameraden bei der Gefangennahme geraubt seien, Entschädigung geleistet, sowie die Fluchtkosten wiedererstattet werden. Die Regierung habe zugesagt, bis zu dem nächsten Bundestage in Leipzig endgültigen Bescheid über diese Forderungen zu geben. Redner stimmt nun der Ansicht, ob man einem berarteren endgültigen Entscheid der Regierung die Reichsvereinigung dann noch Existenzberechtigung habe. Nach seiner Meinung sei dann die kostspielige Bundesleitung in Berlin überflüssig, während die einzelnen Ortsgruppen doch fortbestehen müßten, da die ehemaligen Kameraden würden durch das ideelle Band gemeinsam erlebter Leiden zusammengehalten. Auch praktische Arbeit würde sich viel bieten. Redner führte die Gründung einer Unterstützungs- und Sterbekasse an. Ferner müsse vor allem die tiefe wirtschaftliche Not der Witwen und Waisen der Kriegsgefangenen schnell und ausreichend gelindert werden. Professor Dr. Böhmer beleuchtete sodann die Stellung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener zum Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Ein gedeihliches Zusammenarbeiten sei anzustreben, doch dürfe der Reichsbund nicht verlangen, daß die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener ganz und gar in ihm aufgehe! Zum Schluß ermahnte der Redner die Ortsgruppe zur Eintracht, damit auch sie ein Baustein zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes sei. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. In der Diskussion, die sich sehr lange hinzog, erhielt Kamerad Meißner-Weißenfels die vielfache Laubeit und Gleichgültigkeit der Mitglieder, infolge deren sie sich einen großen Teil ihrer wirtschaftlichen Notlage zuzuschreiben hätten. — Nach einigen geschäftlichen Vorgängen, wobei Kameraden Eckardt zum zweiten Beisitzer und Kameraden Tauber zum stellvertretenden Kassierer gewählt wurde, schloß der erste Vorsitzende, Kamerad Kurth, um 1½ Uhr die mit verlaufene Monatsversammlung. F.

** **Platzkonzert.** Auf dem Marktplatz findet am Mittwoch nachmittag von 4 bis 5 Uhr ein Platzkonzert der Kapelle der Reichswehr statt.

*

Kartoffeleindeckung.

Man schreibt uns: Die Preisprüfungsstelle hat in ihrer letzten Sitzung den Händlern — unabhängig vom Richtpreise — als Verbleiß für den Zentner Kartoffeln allgemein 1,50 ℳ und für Lieferung frei Keller 2,50 ℳ, also insgesamt frei Keller 4 ℳ für den Zentner zugestanden. Über diesen Satz hinaus soll — wie die Kartoffel nicht noch weiter umsetzt zu werteuern — in keinem Falle gegangen werden. Da nun nach Anführung der Landwirte ganz allgemein der Preis auf 22 ℳ — bei nicht überschritten werden darf — festgelegt ist, darf unter keinen Umständen der Händler mehr als 26 ℳ für den Zentner frei Keller fordern, um so betrübenlicher ist das vorsichtige Vorgehen des Magistrats, der die betreffenden Verordnungen nicht hält und ab Lager der Händler 26 ℳ fordert, und obendrein der Bevölkerung nur 2 Tage Wahl läßt, sich mit dieser Praxis einverstanden zu erklären. Wir erwarten, daß der Magistrat seine diesbezügliche Bekanntmachung sofort berichtigt dahin, daß dem Händler nur 26 ℳ frei Keller zu zahlen sind. Dem Magistrat kommt es anscheinend nur darauf an, schnell seine teuren Kartoffeln abzustoßen. Wir bitten daher den Kreis, insbesondere der gewählte Kartoffel-Aktionsausschuß, einzutreten, um den betroffenen Vereinbarungen zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Die Vertreter der Verbraucher in der Preisprüfungsstelle.
Schreiber, Meyer,
Feuersozietäts-Obersekretär Landesversicherungs-Obersekretär.

*

Zur Frage des Mittellandkanals.

Bei der Besprechung in Berlin mit Reichsverkehrsminister Exzellenz Gröner über die Frage des Mittellandkanals am 14. September 1920 waren auch Vertreter der Stadt Merseburg anwesend. Der Minister erkannte die allgemeine Notwendigkeit des Wasserweges Merseburg—Leipzig und seiner Durchführung bis zum Anschluß an die große Wasserstraße des Mittellandkanals an. Er betonte weiter, daß das Reich durch die Entschließung Preußens für eine bestimmte Linie des Mittellandkanals sich nicht gebunden fühle und bieund diejenige Linie wählen würde, die im allgemeinen Interesse als die wichtigste erscheine.

Im übrigen hat der Freistaat Sachsen in Leipzig bereits ein Kanalbauamt unter Leitung eines eigenen Regierungsbaurates errichtet mit der Aufgabe, von Staatswegen die Vorarbeiten für den Kanal Leipzig-Merseburg in Angriff zu nehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201012-11/fragment/page=0002

Kosten der Elternbeiträte.

Von verschiedenen Seiten sind dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Anträge auf Erstattung der Kosten gestellt worden, die infolge der Einrichtung und durch die Tätigkeit der Elternbeiräte erwachsen sind.

Daraufhin verbreitet der Minister folgenden Erlaß: Die Tätigkeit der Elternbeiräte ist so gedacht, daß sie sich im wesentlichen auf die mündlichen Verhandlungen mit dem Lehrerkollegium beschränken soll. Abgesehen von den Einladungen zu den Sitzungen und den Niederschriften der Beschlüsse wird daher ein Schriftwechsel von größerem Umfange nicht entstehen dürfen. Zu den Sitzungen können vorhandene Schulsäle benutzt werden. Die Sitzungen lassen sich auch so legen, daß besondere Kosten für Heizung und Beleuchtung nicht entstehen. Reisekosten werden die Mitglieder, wie auch die Mitglieder von Schulvorständen, Gemeindevertretungen und dergleichen nicht beanspruchen können.

Soweit hiernach durch die Elternbeiräte unvermeidbare Kosten erwachsen sollten, müssen sie aus den zur Bestreitung der Geschäftsbedürfnisse der Schule bestimmten Mitteln entnommen werden, da die Tätigkeit der Elternbeiräte als untrennbar mit dem Schulbetrieb verbunden anzusehen ist.

*

Demokratische Beamte und Lehrer!

Am Sonnabend den 16. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet in Halle im Restaurant Schultheiß, Merseburgerstraße 10, eine Treppe, eine Sitzung demokratischer Beamten und Lehrer mit folgender Tagesordnung statt: 1. Zusammenschluß der Beamten und Lehrer; 2. Besoldungs- und Beamtenfragen. Das Referat für beide Punkte der Tagesordnung hat Reichstagsabg. C. Delius übernommen. Die Wichtigkeit der Verhandlungspunkte erfordert eine starke Beteiligung der demokratischen Beamten und Lehrer. Wünschenswert ist es, daß die demokratischen Beamten und Lehrer auch Gesinnungsfreunde und Bekannte zur Beteiligung an dieser Tagung veranlassen.

*

Tageskalender.

Dienstag: Öffentlicher Vortrag im Deutsch-Evangel. Frauenbund „Die Schundliteratur, eine Verbrechensursache und ihre Bekämpfung", im Tivoli. — Lehrkursus für Musik im „Alten Dessauer". — Gewerkschaftsbund der Angestellten Monatsversammlung im Halben Mond. — Hausfrauen-Verband Besuch des Vortrags im Tivoli. — Einheitsverband der Kriegsbeschädigten Monatsversammlung in der Grünen Linde. — Stenographen-Verein Stolze-Schrey Wettschreiben und Wettlesen im Bergschlößchen.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 13. Oktober 1920.)

Butter. Zur Ausgabe gelangen in der laufenden Woche 50 Gramm. Zusatzberechtigte 50 Gramm extra.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 11. Okt.

Die heutige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung war von 28 Stadtvätern besucht. Am Magistratstisch waren anwesend: Erster Bürgermeister Herzog, Bürgermeister Dr. Mosebach, Stadtbaurat Bollinger und die Stadträte Elze, Langer und Tänzer. Der Oberbürgermeister ist nur nicht besetzt.

Stadtv.-Vorsteher Junker eröffnet die Sitzung reichlich spät um 6¼ Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsteher eine kleine Anzahl von Stipendien bekannt. Dann gibt er den Stadtvätern auf, sich das Projekt der

Sparsamkeit in den Stadtverordneten-Sitzungen

bis zur nächsten Sitzung gründlich zu überlegen. Er weist auf die äußerst schlechte Stimmung hin, die eintreten müsse, wenn er gäbe, normalerweise eine Sitzung abzuhalten, wenn sich die Tagesordnung auf eine Sitzung zusammendrängen lasse. Seine Mahnung zur Überlegung dieses Sparsamkeitssystems ist ziemlich eindringlich und dürfte vielleicht bald Früchte tragen.

Die Tagesordnung wird darauf wie folgt erledigt.

Instandsetzung der Heizungsanlage im alten Rathaus.

Anstelle des verhinderten Berichterstatters Graul (Dem.) bringt der Stadtv.-Vorsteher die Vorlage wie schon veröffentlicht ein, und beantragt, da Herr Graul die angesorderte Summe für zu niedrig hält, folgenden Beschluß: Die Heizung im alten Rathaus wird hergestellt und die Kosten dafür bewilligt. — Nachdem Stadtv. Ruprecht (Dn.) Bericht darüber später wünscht und der Erste Bürgermeister dies zugesagt hat, wird dem Antrag Junker einmütig zugestimmt.

Beitritt zum Anschluß für die Volkanalisierung der Saalestrecke Merseburg—Naumburg und Unstrut.

Stadtv. Krüger (Soz.) befürwortet die schon veröffentlichte Vorlage zur Annahme. Leider hat sich der Anschluß der Preußischen Landesversammlung für die Mittellinie des Mittellandkanals entschieden, besonders infolge der Rührigkeit Magdeburgs. — Erster Bürgermeister Herzog verweist auf die besondere Kanalhauptelle in Leipzig und berichtet, daß er bei persönlicher Vorstellung mit Leipziger Herren beim Reichsverkehrsministerium leider nichts Erfreuliches gehört habe für die Südlinie. — Nach weiterer kurzer Aussprache der Stadtv. Müller (D. Vpt.), Ruprecht (Dn.), Krüger (Soz.) und des Ersten Bürgermeisters über die Gründe, die zum Siege der Mittellinie geführt haben, den Elster-Saale-Kanal und den Zweck des vorgeschlagenen Beitritts zu dem Anschluß, erklärt sich die Versammlung einmütig für den Beitritt mit einem Mitgliedsbeitrag von jährlich 30 ℳ, um ein geschlossenes Glied der Saaleinteressenten zu schaffen.

Bewilligung von 106 928 ℳ an die Rentenguts-Gesellschaft.

Die Magistratsvorlage wird von dem Stadtv. Ruprecht (Dn.) wie schon veröffentlicht begründet und ihre Annahme als dringend notwendig erbeten, um die Gesellschaft lebensfähig zu erhalten. Die Häuser sind meist für zwei kleine Wohnungen in Benutzung, trotzdem stellen sich die Mieten bei Zoros, Verzinsung auf 1440—2800 ℳ jährlich. — Stadtv. Krüger (Soz.) bringt die Rede auf das geschmackvolle Äußere der Häuser der Rentenguts-Kolonie, das man überall und von allen Seiten hören könne, wie auch die mitunter wenig zweckmäßige Innenausführung. — Stadtbaurat Bollinger: Bisher haben wir keinen Einfluß darauf gehabt. Die Bauten sind von Halle aus überwacht worden. Ich habe mich aber bereit erklärt, die künftigen Bauten so weit wie möglich mit zu beaufsichtigen. — Stadtv. Ruprecht meint, durch das kommende Grün werde sich das Äußere auch ändern, die Baulosen sind jetzt auf das Fünfzehnfache gestiegen. — Nachdem auch der Erste Bürgermeister für die Zustimmung eingetreten unter Hinweis auf die städtischen Bauten auf dem Ritterschen Plan, bewilligt die Versammlung den angesorderten Betrag.

Verpachtung des Lebizenheims in den Baracken an der Weißen Mauer.

Stadtv. Richter (U. S.) trägt die Magistratsvorlage wie veröffentlicht vor. Seine Partei steht auf dem Standpunkt, wegen der Beamteneigenschaft des Bewerbers, des Polizeiwachmeisters Hesse, die Vorlage abzulehnen, damit dies nicht weiter den dortigen städtischen Beamten und Arbeitern Schule mache. Gleichzeitig fragt er an, warum das Volksbad von der Bauverwaltung wieder abgerissen und dort 14 Eisenbahner einquartiert worden seien. — Erster Bürgermeister: Wenn sich ein anderer besonder Wächter gefunden hätte, würde dieser Vorschlag nicht gutgeheißen sein. Es bieten sich genug andere Bewerber. — Stadtrat Elze: Die Ausschreibung hat keinen Erfolg gehabt, da sie keinen passenden Bewerber brachte. Die Ausgaben vom 1. 10. 1919 bis 1. 10. 1920 betragen 11 049 ℳ, die Einnahmen 13 470 ℳ, die Reineinnahmen stellen sich für das Jahr auf 2470 ℳ. Zur Verzinsung der Anlagen bedürfen wir aber des Betrags von 4200 ℳ, wie in der Vorlage, als Mietspreis angegeben ist. Er bittet um Annahme der Vorlage. — Der Berichterstatter Richter erkennt aus persönlicher Anschauung die Befähigung des Polizeibeamten an, seine Partei könne aber grundsätzlich nicht dafür stimmen. — Stadtbaurat Bollinger: Vor einigen Tagen sind 14 Flüchtlinge, Eisenbahner, hier angekommen, die im Volksbad untergebracht wurden. Dieserhalb wurden drei hölzerne Wände weggenommen, um Zimmer herzustellen. Das Volksbad ist heute nicht mehr fertigzustellen, weil die Mittel hierfür nicht aufzubringen und die Apparate nicht zu beschaffen sind. — Stadtv. Richter (U. S.): Die Leute sind nach mir zuteil gewordenen Erklärungen keine Flüchtlinge, sondern nach hier versetzte Eisenbahner aus Großkorbetha. Einer muß gelogen haben. — Stadtbaurat Bollinger: Ich hoffe, daß sich der Vorwurf der Lüge nicht auf mich beziehen soll. Was ich hier sage, entspricht der Wahrheit. Die Mitteilungen sind mir vom Arbeiterrat gemacht worden. — Für die Annahme der Vorlage sprechen noch die Stadtv. Rollrath (Dem.) und Bone (Soz.). Auf eine Anfrage des Stadtv. Grimm (Soz.) erklärt Stadtrat Elze, daß die Mieten nur durch den Magistrat festgesetzt werden. — Hierauf wird die Magistratsvorlage gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialisten angenommen, für die Stadtv. Schneider nochmals die Ablehnung betont hatte, wegen der Beamteneigenschaft des Bewerbers.

Erhöhung der Gebührensätze für das städtische Krankenhaus.

Stadtv.-Vorst. Junker (Dem.) begründet die Vorlage wie schon veröffentlicht und erbittet Zustimmung, worauf die Versammlung ohne Besprechung ihr Einverständnis mit der Magistratsvorlage erklärt.

Bewilligung der Beiträge zur Witwen- und Waisenkasse für städtische Beamte.

Der schon veröffentlichte Magistratsantrag wird von dem Stadtv. Müller (D. Vpt.) begründet und der Zustimmung empfohlen. Ohne Besprechung bewilligt die Versammlung die Beiträge, die aus der Nachversicherung zweier städtischer Beamten resultieren.

Erhöhung des Schulgeldes für das Lyzeum.

Stadtv. Heilmann (Dem.), der die bekannte Vorlage begründet, bedauert diese Erhöhung, da aber die Zuschüsse für die Stadt notwendig sind, ersucht er um Zustimmung. — Erster Bürgermeister Herzog betont ebenfalls die Notwendigkeit der Zustimmung, um die staatlichen Zuschüsse zu erhalten, die die Stadt nicht entbehren kann. Wir müssen uns hier trotz der Selbstverwaltung dem Diktat des Ministeriums fügen wie auf manchen anderen Gebieten heute. — Die Versammlung stimmt dann der Vorlage zu.

Bewilligung von 10 000 ℳ für das Ölen der Schulen.

Stadtv. Schneider (U. S.) begründet den Magistratsantrag wie veröffentlicht und erbittet Zustimmung. — Stadtv.-Vorst. Junker (Dem.) beantragt Bewilligung der Kosten für das unbedingt notwendige Ölen sämtlicher Schulen. Nach einer Vorberechnung des Magistrats würde dies 12 000 ℳ erfordern. — Stadtv. Krüger (Soz.) fordert Weiterweg, um gutes Öl zu angemessenem Preis zu erhalten, da es jetzt schon gute Öl von 7,50 ℳ an gebe. — Stadtv. Hesselbarth (U. S.) wendet sich dann gegen das angeblich schroffe Schreiben des Magistrats an den Elternbeirat der Volksschule I auf dessen Anträge. — Erster Bürgermeister Herzog: Es handelt sich nur um eine Antwort auf ein äußerst schroffes Schreiben eines Mitgliedes des Elternbeirats, beungenüber auf die Bestimmungen des Ministers verwiesen wurde. Die Schulverwaltung hat auch nicht geschlafen und sich schon mit alledem beschäftigt, was jenes Mitglied des Elternbeirats forderte. — Stadtv. Richter (U. S.): Die Verhältnisse in der Volksschule sind unerträglich. Die Schulkommission hat die Zipfelmütze bis über die Ohren gezogen. Sie hat für die Volksschule nichts übrig gehabt und für die höheren Schulen alles. (Selbstverständlich ist mit dieser blindwütigen Richterschen Attacke, die offensichtlich auch die Zipfelmütze bis über die Ohren gehabt hat, eine unfruchtbare Auseinandersetzung vom Zaun gebrochen, die man bei allen, verständigen Stadtvätern nicht für möglich halten sollte. D. Berichterst.) — Im weiteren Verlaufe der Aussprache streiten dann der Erste Bürgermeister Herzog, Stadtv.-Vorsteher Junker, Stadtv. Frauenheim (Dem.) und Eichert (Dn.), die lange Jahre dem Stadtverordnetenkollegium angehören, für die frühere Schulverwaltung und ihr unparteiisches Wirken ein, sie hätten ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan. — Stadtv. Hesselbarth kommt wiederholt auf das Antwortschreiben des Magistrats an den Elternbeirat zu sprechen. — Stadtv. Teller und Heilmann (Dem.) stellen zur Erwägung, erst eine Schule zu streichen und abzuwarten. — Stadtv. Krüger (Soz.) und Stadtbaurat Bollinger legen dar, daß es schon gute Öle gebe, man daher ruhig alle Schulen ölen könne. — Stadtv. Hesselbarth (U. S.): Die Zeit hat bewiesen, daß die alte Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Volksschulen gesündigt hat. Sie hätten nach Worten des Stadtv. Eichardt schon vor 30 Jahren abgebrochen werden müssen. — Stadtv. Richter (U. S.): Es hat mir selbstverständlich ferngelegen, Herrn Eichardt zu beleidigen. Die frühere Schulkommission hat zum mindesten sehr langsam gearbeitet. Es wäre besser gewesen, wir hätten schon früher Elternbeiräte gehabt, die für die Schulen forderten. — Nachdem Stadtv. Bollrath (Dem.) Schluß der tatsächlich überflüssigen und unsachlichen Debatte beantragt hatte, wird entsprechend dem Antrage des Stadtv.-Vorstehers Junker die Summe von 10 000 ℳ für das Ölen sämtlicher Schulen bewilligt.

Reichstagsabgeordneter

Oberbürgermeister Dr. Külz-Zittau

spricht

am Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Casino"

über

Die politische Lage.

Instandsetzung der Dienstwohnung Bahnhofstraße 8.

Entsprechend dem Antrage des Stadtv. Heberer (Dn.), der die Vorlage wie veröffentlicht begründet, wird dem Magistratsbeschluß ebenfalls beigetreten. — Im Anschluß hieran werden die in der Stadt umlaufenden

Gerüchte über die Ausstattung der Wohnung des Ersten Bürgermeisters Herzog

durch diesen selbst zur Sprache gebracht und von ihm erklärt: Die in der Stadt umherschwirrenden Gerüchte über die Herrichtung meiner Wohnung zu Lasten des Stadtsäckels sind vollkommen unrichtig und aus der Luft gegriffen. Ich kann hier nur ausdrücklich feststellen, daß die Stadt für die Herrichtung meiner Privatwohnung keinen Pfennig beigetragen hat.

Stadtv. Schneider (U. S.) bittet den Magistrat,

auf des Wohnungsamt einzuwirken,

daß den Wohnungsuchenden besser und rascher geholfen wird. In dem Verfahren gegenüber den besseren Leuten mit großen Wohnungen muß viel energischer und rascher zugegriffen werden, damit die vielen Vorwürfe gegen die Wohnungskommission aus der Welt geschafft werden. — Erster Bürgermeister Herzog: Das Wohnungsamt ist selbständig in dieser Hinsicht. Nach einer Feststellung des Wohlfahrtsministers ist Merseburg die Stadt, die auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung das meiste geleistet hat. Seit der letzten Volkszählung hat die Bevölkerung um 1500 Personen zugenommen, für die 850 Wohnungen geschaffen wurden.

Aus der hieran anschließenden

Wahl eines Besitzers zum Mieteinigungsamt

gehen hervor: Ober-Bauschreiber Böhmert als Vertreter der Mieter (Mieterverein), Bäckermeister Freiberger als Vertreter der Hausbesitzer (Hausbesitzerverein), bei der Wahl des vorgeschlagenen Hausbesitzervertreters Polizeiobermachtmeister Nagel bestehende Gründe entgegenstehen.

Für den ausgeschiedenen Stadtv. Döbber (Dem.) wird in die Deputation für die städtischen Werke der Stadtv. Bollrath (Dem.) und in den Steuerausschuß der neu eingetretene Stadtv. Hertel (Dem.) gewählt.

Der Stadtv.-Vorsteher teilt dann ein Schreiben mit, wonach die

Stadtv. Frau Dr. Haacke ihr Amt niederlegt,

da sie das Amt nicht mit ihrer Auffassung und ihren Pflichten als Hausfrau vereinbaren könne, was Ahal und Lächeln hervorruft. Der Stadtv.-Vorsteher verliest Angaben gemäß den bestehenden Bestimmungen nochmals Nachdrucke mit Frau Dr. Haacke **nicht einen werde.**

Hierauf kommt der Stadtv.-Vorsteher nochmals auf

die Stimmabgabe bei Vorsitzenden

zu sprechen. Er sagt, daß bei schriftlichen Abstimmungen Stimmengleichheit nur mit der Stimme des Vorsitzenden möglich sei. Bei mündlichen Abstimmungen erhält die Seite die Mehrheit, auf welche die Stimme des Vorsitzenden fällt. Widerspruch erhebt sich gegen diese Auslegung nicht.

Wegen der verschiedenen Kartoffelpreise

stellt dann Stadtv. Hesselbarth (U. S.) eine Anfrage an den Magistrat. Er führt hierzu an, daß der Erzeugerpreis doch die bekannten Verhandlungen auf 22 ℳ festgesetzt sei, der vom Magistrat festgesetzte Preis für Kartoffeln ab Händler sei 26 ℳ, die Händler selbst aber forderten 27,50 und 28 ℳ, im Kleinverkauf sogar 32 ℳ.

Der zuständige Dezernent des Magistrats, Stadtrat Langer, erwidert hierauf: Ich kann nicht mehr sagen, als was durch die Zeitungen gegangen ist. Der Erzeugerpreis ist auf 22 ℳ festgesetzt. Hierzu kommen die Fracht, Spesen, Standgeld, Transport und Schwund von 4 bis 5 Prozent. Dazu Händlergebühr von 1,50 ℳ für den Zentner einschließlich Umsatzsteuer, so daß die Händler wenig verdienen. Die Händler haben erklärt, die 27,50 ℳ seien irrtümlich in Anrechnung gebracht worden von den Händlern für Rübenkohn von der Scheune bis zum Händler. (Irrtümlich angenommenes Geld kann ja wohl zurückverlangt werden? D. Red.) Die heute in einer

Kommissionssitzung festgelegten Kartoffelpreise

sind folgende: Im Kleinverkauf das Pfund 30 ₰, bei einem Viertelzentner das Pfund 29 ₰, bei einem halben Zentner das Pfund 28 ₰. Diese Preise sind mit den Händlern festgesetzt worden und werden noch bekannt gegeben.

Stadtv. Koenen (U. S.) fragt hierauf an,

warum die Lungenfürsorgestelle aufgelöst

worden sei. — Dies wird vom Ersten Bürgermeister Herzog auf ein Versehen des Vaterländischen Frauenvereins in einem Schriftwechsel zurückgeführt, der den Raum für die Haushaltungsschule braucht. Es wird demnächst ein entsprechender Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt werden, zwecks Unterbringung in der Karlstraße. — Auf Anregung des Stadtv. Koenen sollen nochmals Verhandlungen mit dem Frauenverein gepflogen werden zwecks einstweiligen Verbleibens der Lungenfürsorgestelle in der Sofienstraße 1.

Zum Schluß stellt der Stadtv. Richter (U. S.) die Anfrage,

wann die Kaserne vom Militär geräumt wird.

Ob die in der Stadt umherlaufenden und in der Zeitung geäußerten Gerüchte über die Räumung zum 1. Januar 1921 zutreffen. — Erster Bürgermeister Herzog erwidert darauf: Von irgendwelcher Freigabe ist der Stadtverwaltung nichts bekannt geworden. Im Gegenteil wollte das Reich die Kaserne von uns erwerben, welchem Ansinnen ich mich aber aus eigener Erfahrung entgegengestellt habe.

Damit ist die öffentliche Sitzung erledigt und gegen ½9 Uhr tagen die Stadtväter hinter verschlossenen Türen weiter.

---

§ Bündorf, 12. Okt. Durch Kindermund verraten wurden die maskierten Räuber, die kürzlich dem Ortsrichter einen Besuch abstatteten und eine größere Geldsumme raubten. Dadurch, daß die Kinder von einer Maskierung ihrer Eltern erzählten, die vom angeblichen Maskenball viel Geld mit heimbrachten, kam man auf die Spur.

g. Bölschorf b. Knapendorf 12. Okt. Bei dem schweren Gewitter, welches am Donnerstag in voriger Woche auch über die hiesige Gegend zog, suchte ein Gutsarbeiter unmittelbar neben dem Gespann des Gutsbesitzers W. hier nieder, welches auf der Heimfahrt vom Acker begriffen war. Die Pferde brachen betäubt zusammen und erholten sich erst nach einiger Zeit wieder, so daß die Weiterfahrt fortgesetzt werden konnte, ohne daß sich bei den Tieren nachteilige Folgen bemerkbar machten.

g. Weßenig, 12. Okt. Ein dreister Einbruchsdiebstahl wurde kürzlich in der hiesigen Gastwirtschaft ausgeführt. Am hellen Tage wurden mehrere verschlossene Behälter erbrochen und daraus nicht unbedeutende Geldbeträge entwendet. Außerdem hießen die Diebe auch noch verschiedene goldene Schmuckgegenstände, Uhren und Ketten, mitgehen. Der Diebstahl wurde leider erst später bemerkt, so daß eine Verfolgung der Diebe resultatlos verlief.

g. Naßnitz, 12. Okt. Die Rotlaufseuche ist unter den Borstentieren in letzter Zeit sowohl hier als auch in den Nachbarorten sehr stark aufgetreten. Verschiedene Tiere sind der gefürchteten Krankheit zum Opfer gefallen, andererseits mußten Notschlachtungen in größerer Zahl vorgenommen werden, um das Fleisch in Fällen, in denen es noch verwendbar war, der menschlichen Ernährung nicht zu entziehen. Nachimpfungen haben deshalb von tierärztlicher Seite mehrfach stattgefunden, zumal die Impfungen gegen Rotlauf sich vorteilhaft bewährt haben und auch von Viehversicherungsgesellschaften obligatorisch eingeführt worden sind.

§ Keußchern-Türrenberg, 12. Okt. In der am Donnerstag abend bei Krostewitz stattgefundenen Gemeindevertreter-Sitzung wurde die Ausführung der elektrischen Lichtanlage für Keußchern der Firma Wenglerauf Weißenfels übertragen vorbehaltlich der Genehmigung des Kreisausschusses.

§ Lützen, 12. Okt. Bergangsfür Turnen und Jugendspiele. Am 16. Oktober (Sonnabend), nachmittags 3 Uhr, beginnt in Lützen unter Leitung des Turnlehrers Frohne-Merseburg ein Lehrgang für Turnen, Jugendspiele, Sing- und Volkstänze. Die daran teilnehmen wollen, werden gebeten, am genannten Tage sich in der Turnhalle in Lützen einzufinden.

§ Lützen, 12. Okt. Der in der hiesigen Zuckerfabrik seit 8 Jahrzehnten beschäftigte 65jährige Maschinist Karl Blumentritt stürzte am vorigen Mittwoch im Schnitzelboden tödlich ab. — Wie bereits im Voriahre, veranstaltet auch wieder in diesem Jahre der äußerst rührige Kaninchenzüchterverein Lützen am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag eine große allgemeine Kaninchenausstellung.

§ Schkeuditz, 12 Okt. Am Freitag nachmittag 2 Uhr erscholl der Feuerruf. In der erst vor kurzem von einem größeren Schadenfeuer heimgesuchten Fabrik der Rentzsch-Gesellschaft war durch Explosion eines Rührwerkes ein Feuer entstanden, dessen Rauch weithin sichtbar wurde. Es gelang schnell, das Feuer zu löschen; der entstandene Schaden ist nicht groß. Die Freiwillige Feuerwehr war sofort zur Stelle. Ein Arbeiter wurde im Gesicht und an den Händen verletzt. — Die Urwahlen der U. S. P. zur Abstimmung für oder gegen Moskau ergaben für Schkeuditz folgendes Ergebnis: Stimmberechtigt rund 1100, abgegebene Stimmen 492, davon für 233, gegen gegen 259. — In Ennewitz stimmten 21 für, 6 gegen; in Cursdorf 5 für, 24 gegen die Moskauer Bedingungen.

*

Die Maul- und Klauenseuche im Kreise Merseburg

hat nach einer neuen Bekanntgabe des Landrats weitere 31 Gehöfte erfaßt, die zu Sperrbezirken erklärt werden mußten. Sie befinden sich in den Ortschaften Groß-Gräfendorf, Zölchen, Pappitz, Großmuß, Göhlisch, Oberbruna, Runstedt, Köllschlib, Roßnitz, Röglitz, Rüssen, Schkeuditz, Cursdorf, Pretzsch, Deitz a. B. Obrenbun und Wöhlitz. Darunter sind die Rittergüter in Wöhlitz und Köllschlib.

Als erloschen wurde die Seuche seit der letzten Veröffentlichung in weiteren 60 Gehöften festgestellt in den Orten Spergau, Corbetha, Kleinleipa, Thronitz, Schölen, Kleingöhren, Reinsdorf, Lauchstedt, Meuchen, Wünschendorf, Kleinwünschedorf, Schettereß, Neukirchen, Raschwitz, Schkopau, Meuschau, Deitz a. B., Holleben, Schadendorf, Unterfriesstedt, Oberfriesstedt und Stadt Merseburg (Wittenbecher).

Wetterwarte.

B. W. am 13. 10.: Meist heiter, trocken, Nacht sehr kühl, Tag mild. 14. 10.: Zunehmende Bewölkung, mild, zunächst noch trocken.

Nücheln und Umgegend.

* **Querfurt,** 12 Okt. Durch die rege Tätigkeit unserer Polizei ist es gelungen, die Spitzbuben festzunehmen, die in vergangener Woche bei dem Privatmann Häbicke eingebrochen und dort etliche Gänse, eine Ziege und andere Sachen gestohlen hatten. — In der Sonnabend Nacht wurde im Gasthof „Zum deutschen Haus" ein neuer Einbruch verübt. Gestohlen wurden Wurst- und Fleischwaren, sowie eine Kiste Schokolade, zusammen im Werte von mehreren tausend Mark.

* **Querfurt** 12. Okt. Zu dem bereits gemeldeten Einbruch bei dem Kaufmann Carl Petzold wird mitgeteilt, daß folgende Sachen gestohlen sind: 2 Stück 80 Zentimeter breites Hemdentuch etwa 140 Meter; 2 Stück 120 Zentimeter breites Doppeldruck blau mit weißen Punkten; 1 Stück 80 Zentimeter breiten Kleiderstoff gestreift, Halbwolle; 1 Stück 85 Zentimeter breites Mousselin, blau mit Mingel; 18 Stück Damenhemden; 12 Stück Herrennormalhemden und etliche andere Sachen, was nicht hat festgestellt werden können. Wer zweckdienliche Angaben über den Verbleib der Sachen oder sonstige auf den Diebstahl hinweisende Angaben machen kann, wird ersucht, die Polizeiverwaltung Querfurt umgehend Mitteilung zu machen. Für die Ermittelung der Täter ist eine höhere Belohnung vom Eigentümer ausgesetzt worden.

Vermischte Nachrichten.

* **Von Einbrechern erschossen.** Nach dem vergeblichen Versuche, die Kassenschränke in der städtischen Sparkasse zu Polzin in Pommern zu öffnen und zu berauben, brachen die gleichen Verbrecher bei der Firma Berndt & Marien ein und schossen den Mitinhaber Berndt nieder, der sie überraschte, nieder.

* **Lebendig verbrannt.** Bei einem Dachstuhlbrande in Frankfurt a. O. verbrannte in einer Bodenkammer das Dienstmädchen Dielle Schulz aus Tamsel. Bei den Rettungsarbeiten wurde die verkohlte Leiche des Mädchens gefunden.

Verantwortlich für den politischen Teil Franz Mühner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.

Berliner Vertretung: Walter Ahrens, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.

Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201012-11/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Verlobt.

Postsekretär Walter Vogel, Plauen, mit Hedwig Schatz, Beesen-Ammendorf; Kaufmann Fritz Northe, Torgau, mit Charlotte Koch, Amsdorf; Architekt Kurt Menzel, Weißenfels, mit Paula Wolf, daselbst.

Vermählt.

Dipl.-Ing. Albert Hentschel mit Frau Margarete geb. Pötsch, Halle.

Geboren.

Otto Böhme, Bobbau, 1 S.; E. Guthunz, Halle, 1 T.

Gestorben.

Halle: Maurermstr. August Hensel, 71 J.; Eisenb.-Betriebssekretär Gustav Perschmann, 60 J.; Kanzleisekretär a. D. Emil Becker, 76 J.; Invalide Friedrich Rolle; Frau Luise Quersurth geb. Hebermann, 62 J.; Frau Else Clarus, Nietleben, 23 J.

Lützen. Gastwirt Wilhelm Sperling, 59 J.; Betriebsmonteur Walter Pröhdorf, Starsiedel, 24 J.

Moritz Hentschel
Leni Hentschel
geb. Wolf
Vermählte
Merseburg, 9. Okt. 1920.

Statt Karten!

Nur auf diesem Wege danken wir allen herzlichst für die anläßlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten.

Franz Lowitzsch und Frau
Frida geb. Block.
Merseburg, den 12. Oktober 1920.

Inventar-Auktion in Lauchstedt.

Donnerstag, den 14. d. M., vormittags 10 Uhr sollen in dem Rockendorfschen Grundstück in Lauchstedt, Parkstraße 178, folgende Gegenstände auktionsweise meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden:

1. Zwei große 4zöller Wagen mit Kasten und vollständigem Erntetedzeug; 2. ein ½spänner Wagen und ein Brechwagen; 3. eine Hackmaschine mit doppeltem Messer, eine Hack-, eine Reinigungs-, eine Drill- und eine Mähmaschine; 4. ein Grasmäher; 5. ein Dreischar; 6. ein Rübenheber; 7. ein Pflug (Sach); 8. ein Kartoffelauspflug; 9. ein Schleifstein für Maschinenmesser mit Gestell; 10. zwei dreiteilige Gliedermalzen (eine fast neu); 11. eine Ackerschleppe; 12. drei große eiserne Egen; 13. sieben eiserne Saategen; 14. eine hochstehende Dreschmaschine (komplett) mit 15. einem 5 PS. Motor; 16. ein Schleppharken; 17. eine Dezimalwage mit Gewichten; 18. eine Jauchenpumpe; 19. eine Kartoffel- und Rübenleiter; 20. zwei Ochsengeschirre; 21. eine Zentrifuge mit 1 PS. Motor, 22. verschiedenes Handwerkszeug, wie Harken, Gabeln pp.

Die Erben.

Kartoffel-Verkauf

a Zentner 26,— Mk.
ab Städtische Scheune am Irrgarten
findet
Mittwoch, Donnerstag und Freitag
von 8—12 und 2—5 Uhr
an jedermann und in jeder Menge statt.
Freygang. Hoffmann. Lippold.

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.

Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt! Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!

Probeheft kostenfrei. Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Achtung!
Groß. Posten Schlafdecken
sofort ab Lager lieferbar. Probesendung 85.— Mk. Nachnahme. Frankieben postlagernd 500.

Quittungsbücher für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Ackerverpachtung.

Donnerstag, d. 14. Oktober d. J., nachm. 5 Uhr findet im Böhnschen Gasthaus zu Göhlitzsch die Verpachtung von **zirka 11½ Morg. Acker** in Flur Göhlitzsch und **1½ Morg. Wiese** in Crölliwitzer Flur gelegen, dem Herrn Gutsbes. Paul Herzog in Göhlitzsch gehörig, in einzelnen Morgen oder im ganzen auf sechs hintereinander folgende Jahre öffentlich meistbietend statt. Bedingungen im Termin.

Albert Franke,
beeidigter Auktionator.

Schlafstelle offen
Burgstr. 3, Hinterhaus.

Schlafstelle
für anständ. jung. Mädchen frei Kraustraße 12, 1 Tr.

Kinderloses Ehepaar (Beamter) **sucht 2 möbl. Zimmer** mit Küchenbenutzung sofort zu mieten. Angebote unter „2383" an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
Weißenfelserstr., Blumenthalstr., überhaupt Nähe Kaserne
gesucht.
Gefl. Angebote unter „2380" an die Exp. d. Bl.

Junger anständiger Herr sucht **möbliertes Zimmer** mit voller Kost. Angeb. unt. „2382" an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
an nur bess. Herrn zu vermiet. Klavier vorhanden. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Vereinigte Theater.

V.T.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse
— Nr. 3. —

Telephon 529.

Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse
— Nr. 1. —

Programme von Dienstag bis Donnerstag

Kammer-Lichtspiele

Die schöne Miß Lilian!
Ergreifendes Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von H Conrths-Mahler in den Hauptrollen: Gertrud Welker u. Carl Auen.

Der Mann im Nebel!
Gewaltiges Detektiv-Drama in 4 Akt. mit dem beliebtesten aller Künstler: der Liebling der Frauen Rolf Loer.

Sein eigner Diener!
Ein Lustspiel voller Witz u. Humor mit Hansi Deze und Gerhard Dammann.

— Anfang pünktlich 5 Uhr. —
Letzte Vorstellung 7½ Uhr.

Modernes Theater

Das Luxuspflänzchen!
Prächtiges Filmwerk in 4 Akten mit der bildschönen Künstlerin Ada v. Ehlers u. Georg Alexander.
Neu! Neu!

Die nächtliche Begegnung!
Grosses Detektiv-Kriminal-Drama in 4 Akten.
Spannend! Packend!

Ihr tollster Trick!
Tolles Lustspiel in 3 Akten mit Anna Müller-Linke.

— Anfang pünktlich 5 Uhr. —
Letzte Vorstellung 7¾ Uhr.

Jung. Mann sucht Schlafstelle oder einfaches Zimmer.
Angebote unt. „2388" an die Exp. d. Bl.

Vor Zwangseinquartierung schützt sich derjenige Wohnungsinhaber, welcher Ehepaar (ohne Kind) 2—3 Zimmer von seiner zu großen Wohnung sof. abgibt. Ang. unt. „2401" a. d. Exp. d. Bl.

Tausch!
Wer tauscht ein in der Breite Straße gelegenes
möbl. Zimmer
mit Weißenfelser Str., Blumenthalstr. überhaupt Nähe Kaserne Gefl. Ang. unter „2379" an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch Magdeburg—Merseburg.
Wer tauscht sofort 4 Zim.-Wohn. in Magdeburg gegen ähnliche in Merseburg? Angeb. unter 2400 an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht:
2 Kl.-Schränke, 1- u. 2 tür., 1 größ. Rohrpl.-Kessel, 2 eint. Holztische, 1 alte Truhe, 1 gut erh. Teppich. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Jeden Posten
alte Zeitungen
kauft auf
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Puppenwagen zu kauf. gesucht
Dorbandt, Neu-Rössen, Merseburger Str. 50.

Suche gute Melkziege
zu kaufen, möl. ohne Hörner. Ang. u. „2385" a. d. Exp. d. Bl.

Geld erhält solide Leute jed. Standes ohne Bürg. v. 100 bis 20000 Mk. durch
Otto Ludekus, Dresden A., Wilsdrufferstr. 27.
Anfragen Marken beifügen.

2 getragene guterhaltene **Ulster** billig zu verkaufen. Besichtigung v. 5—8 Uhr nachmittags Schkopau Nr. 26.

Gehrock-Anzug
mittelgroß, zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Fast neuer Winterüberzieher, getragener Anzug (große Fig. 1,80), großes Kaffehmaschinenfeuer zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Zu verkaufen:
1 eleg. Frack auf Seide, 1 dunkl. Überzieher (Marengo, auf Seide), Steh- u. Umlegekragen (43 u. 44), Manschetten, Zylinder, 1 Kleiderschrank. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Zu verkaufen:
2 Winterhüte, ein schw. Tuchkleid, ein Wintermantel (alles gut erhalten). Zw. 2 u. 3 Uhr. Karlstraße 33, part.

Ein guterhaltener brauner
Lederkoffer
(66×40 groß) zu verkaufen
Hallesche Str. 47, 1 Tr.

Ein Kinderwagen
zu verk. Naumburgerstr. 18, Hof.

Ratskeller-Restaurant.

Jeden Mittwoch **Künstler-Konzert.**
Dir. Konzertmeister Butler.
Eintritt frei. Anfang 8 Uhr.
Otto Kießler.

G. D. A.

Gewerkschaftsbund der Angestellten
Ortsverband Merseburg.

Dienstag, den 12. Oktober 1920, abends ½8 Uhr im Gasthaus „Halber Mond"

Monats-Versammlung

Tagesordnung: U. a. Vorstandsergänzungswahlen.
Der Vorstand.

Neues Schützenhaus.

Der Verein der Bäckergesellenschaft
bringt hierdurch sein am **Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 Uhr** stattfindendes
Kränzchen mit Verlosung
in Erinnerung und ladet Freunde und Gönner des Vereins nochmals herzlichst ein.
Der Vorstand.

Funkenburg!

Donnerstag, den 14. Oktober, 8 Uhr
Gastspiel
E. Pfeffers Alt-Leipziger Sänger
Neuestes, dezentes Programm.

Uhren-Reparaturen

schnell und billig.
Gutsortiertes Lager in allen Artikeln.
Kein Laden. Ermäßigte Preise.
Alb. Ujma, Uhrmacher, Merseburg, Schmale Straße 9, 2 Tr.

Gute Käufer

für die verschiedensten Gegenstände, wie neue und gebrauchte Möbel, Einrichtungsgegenstände, Musikinstrumente, Nähmaschinen, Hausgeräte usw., melden sich stets in großer Zahl auf eine „Kleine Anzeige" im „Merseburger Korrespondent".

Funkenburg.

Morgen Mittwoch
großer Elite-Ball
von dem eigens hierzu engagierten
Wiener Tonkünstler-Orchester
unter Leitung des kleinsten Kapellmeist. Herrn Stammer
Anfang 7 Uhr. Keine Preiserhöhung

B.-C. Preußen
E. V.
Mittwoch, abds. 8 Uhr
Versammlung
der Damenabteilung im „Hohenzollern". Der Vorstand.

Fahrrad Diamant, mit Freilauf u. neuer Perf. verk. bill. Unt.-Altenburg 4.

Eine Gitarre
zu verk. Obere Breite Str. 10, pt.

Eine Zither
zu verkaufen. Preis 120 Mk.
Gr. Sixtiftr. 2, 1 Tr. r.

Große (6 Ztr.) Dezima-Wage
mit Gewichten zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Photo-Apparat,
13×18, von 2 die Wahl, in den Vormittagsstunden zu verkaufen Köthschen 66 d, 1 Tr.

1 Handwagen, tafelförmig m. starken Federn, **1 Kopierpresse, 1 Kaninchenstall** zu verkaufen Entenplan 9, 3 Tr.

Einige Meter **Pfostenhartholz, 1 Hobelbank u. Werkzeug,** alles für Stellmacher geeignet, zu verkaufen. Ang. unt. 2384" a. d. Exp. d. Bl. erb.

1 Gaskocher u. 1 Lampe
zu verkaufen Annenstr. 10.

Aquarienfische hat abzugeben Friedrichstr. 10, 1 Tr. r.

Mehrere Heringstonnen und Fischkörbe
zu verkaufen
Otto Fickert, Teichstr. 31.

2 Milchziegen
zu verkaufen.
Neu-Rössen, Erbergasse 3.

Metall- u. Kautschuk-Stempel
liefert
Heinrich Beßler
Merseburg
Kirchstr. Nr 7

Der praktische Ratgeber für Schwerhörige.
Empfehlenswerte Aufklärungsschrift m. zahlreichen Abbildungen guter Hörhilfsmittel. Bonnenen schwerhörigen Kriegsbeschädigten. Preis Mk. 2.50 (Selbstkosten).
G. R. Schulze, Berlin-Wilmersdorf
Hohlenische Straße 16
Postscheckkonto: 82139 Berlin.
NB. Verfasser ist Mitte Oktober 1 Tag in Merseburg anwesend.

Stühle zum Flechten
werden angenommen
Ww. Naumann, Sixtibera 25.

Wer erteilt einer Dame
englischen Unterricht
Ang. unt. „2387" a. d. Exp. d. Bl.

Nachhilfeunterricht in
Mathematik
wird höflichst erteilt v. bewährtem Fachmann. Anmeldungen nachm. v. 5—6 Uhr Sessnerstr. 2, I.

Besserer Beamter,
nicht unter 28 Jahren, findet Gelegenheit in schönes Landgrundstück einzuheiraten. Günstige Zugverbindung nach Merseburg sowie Leuna. Nähere Angaben unter 2381 an die Exped. d. Bl. Anonym zwecklos.

Suche für meinen Freund, 30 J., guter, fester Charakter, in sicherer Stellung, eine liebevolle
Lebensgefährtin,
auch Witwe mit Kind zwecks baldiger Heirat. Angebote unt. 2386 an die Exped. d. Bl.

Heirat!
Schöne 22jährige Fabrikbesitzerstochter mit 1 200 000 Mk. Vermögen wünscht sich sofort zu verheiraten mit Herrn auch ohne Vermögen durch
Adamkiewicz, Berlin, Alexander-Str. 36.

Wer übernimmt Saalbüfett auf Rechnung?
Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Welcher Meiner möchte jung., ordentl. u. fleißig. Burschen (203.) das Fleischerhandwerk erlernen? Angebote unter 2403 an die Exped. d. Bl.

Jugendlicher Arbeiter
von 14—15 Jahren findet per sofort dauernde Beschäftigung.
Mühlpfordt Söhne.

Einfache Stütze,
welche in allen Hausarbeiten bewandert ist, mit guten Zeugnissen gesucht. Desgl. wird
saubere Waschfrau ges.
Frau Dr. Schmitz,
Neu-Rössen, Saalestr Nr. 20.

Sauberes Mädchen
zur Hilfe der Mamsell als Küchenmädchen sucht
Rittergut Gr.-Kayna,
Bahn Frankleben.

Zuverl. perf. Mädchen
ev. unt. 20 J., bev. in bess. Haushalt tätig, v. kinderl. j. Ehep. s. 1. Nov. gesucht. Kolonie Neu-Rössen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Ordentl. Küchenmädchen
kann sich melden im
Städt. Krankenhaus.

Jüngeres sauberes
Mädchen
tagsüber zu einjähr. Kinde ges.
Frau Schlien, Hälterstr. 34.

Aufwartung
für ½ Tag sofort gesucht
Gothardstr. 13, Laden.

Aufwartung
bei voller Beköstigung für einige Tage der Woche gesucht
Markt 14, Bierstube.

Kleiner grauer Spitz
entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben Sixtibera 27.

Die Äußerungen gegen Hedwig Thieme nehme ich zurück.
E. B.

Die Beleidigung,
die ich gegen Frau Welchert ausgesprochen habe, nehme ich zurück, da diese nicht auf Wahrheit beruht.
J. F.

In Friedensqualität:

gar. reiner Leinölfirnis	½ kg Mk.	15.—
gar. reines Bleiweiß in Oel	„ „ „	7.50
Ia Fußbodenlack	„ „ „	16.—
Ia Möbellack	„ „ „	18.—
Emaille-Weißlack Ia	„ „ „	20.—
für innen	„ „ „	16.—
Siccativ, fein, hell	„ „ „	15.—
Stauböl für Fußböden	„ „ „	5.—

Streichfertige Farben auf Wunsch, billigst, empfehlen

Fritz u. Hermann Dietrich
Friedrichstraße 16—18 Telefon 173

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201012-11/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 230. Dienstag den 12. Oktober 1920. 47. Jahrg.

Deutschland und die Entente.

Verhandlungen über den Austausch der sieben Milliarden Mark mit Belgien.

Rotterdam, 12. Okt. Der Brüsseler Korrespondent des „Maasbooe" erfährt, daß nach Schluß der Konferenz von Brüssel zwischen dem deutschen Delegierten und dem Bankier Philippson Verhandlungen eingeleitet worden seien mit Bezug auf den Austausch der sieben Milliarden Mark, die sich noch in belgischem Besitz befinden. Die Verhandlungen nahmen einen günstigen Verlauf und würden nach der Abreise der deutschen Delegierten zwischen den beiden Regierungen weitergeführt. Die endgültige Lösung der Frage dürfte schon in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Dr. Simons über die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz.

Berlin, 12. Okt. Wie wir hören, wird Reichsminister des Äußern Dr. Simons über die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz zu Beginn der Reichstagssitzungen in der nächsten Woche ausführliche Mitteilungen machen.

Die Unabhängigkeit des Freistaates Danzig.

Das Pariser „Journal" meldet: Der Botschafterrat hat den Danziger Delegierten die Erklärung abgegeben, daß die staatsrechtliche Unabhängigkeit des Freistaates Danzig nicht geändert werden soll.

Baldige Einberufung der Genfer Konferenz.

Genf, 11. Okt. Nach einer Havasmeldung hat das französische Kabinett den englischen Antrag nach alsbaldiger Einberufung der Genfer Konferenz angenommen.

Nittis Kritik am Versailler „Frieden".

Paris, 11. Okt. Schon gestern veröffentlichten einige französische Blätter einzelne Sätze aus einem Artikel des früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti, den dieser einer amerikanischen Agentur zur Verfügung gestellt hatte. Der Artikel soll sich im Wortlaut in dem Bologneser Blatt „Resto del Carlino" finden, der aber bisher in Paris nicht eingetroffen ist. Aus dem heutigen „Temps" erfährt man, daß der Artikel überschrieben ist „Europa ohne Frieden". Nitti erklärt darin: Sehr oft sprechen die Sieger nach dem Sturz der Zentralmächte **diese Sprache, die sie bei ihren Feinden so oft tadelten.** Gibt es einen unter ihnen, der jetzt noch von Humanität spricht? Es gibt keinen ehrlichen Menschen, der die Verträge richtet, die dem Besiegten auferlegt wurden. Wenn Deutschland gesiegt hätte, so hätte es auch nichts anderes gefordert. Niemand zweifelt daran, daß die Besiegten irgend welche Entschädigung zahlen sollen. Aber können sie die törichten Entschädigungsansprüche zahlen, die wir vorgaben, ihnen auferlegen zu wollen? Gewisse territoriale Änderungen waren sicherlich notwendig, aber diejenigen, die wir auferlegt haben, waren sie wirklich notwendig? Nitti spricht dann über die Lage der kriegführenden Länder und erklärt, Österreich, Deutschland, Italien und Frankreich sind keine verschiedenen Phänomene, sondern nur Phasen desselben Phänomens!

Der „Temps" erklärt zu dem Artikel, es sei unechtet, daß ein früherer Ministerpräsident Italiens eine solche Sprache führe und daß er erklärt, daß man Deutschland einen Gewaltfrieden im Namen des Rechtes auferlegt habe. Das heiße oben die Sache des früheren Feindes vertreten. Es sei klar, daß die Kritik Nittis nicht nur Versailles betrifft, sondern alle Friedensschlüsse und namentlich auch den Frieden von St. Germain. Die bittere Kritik Nittis richtet sich also direkt gegen sein eigenes Land, denn Nitti hat einen ganz ansehnlichen Gebietszuwachs erhalten während Frankreich nur die Rückgabe jener Provinzen verlangt habe, die ihm vor einem halben Jahrhundert entrissen wurden.

Die internationale Verkehrskonferenz in Washington.

Paris, 11. Okt. Die internationale Konferenz für Verkehrswesen in Washington wurde am Sonnabend eröffnet. Der „New York Herald" berichtet über die Verhandlungen, daß die Frage der deutschen Kabel auf der Konferenz eine endgültige Lösung erfahren hat. Auch bezüglich der Einberufung einer internationalen Transportkonferenz sind sich die Delegierten rasch einig gewesen. Größere Schwierigkeiten bereitet die Lösung der Frage, wem die Kabel auf der Insel Yap gehören sollen. Der amerikanische Senat hat seiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß die Kabel keinesfalls den Japanern zufallen darf. In Washington ist vorgeschlagen worden, die Insel zu internationalisieren. Der englische Vertreter hat einen Antrag eingebracht, daß keine Pressevertreter an der Konferenz zugelassen werden sollen.

Wichtige Wirtschaftsberatungen in London.

London, 12. Okt. Am Montag wird unter der Teilnahme deutscher Delegierter eine internationale Wirtschaftskonferenz auf Einladung des „Supreme Council" zu einer dreitägigen Sitzung zusammentreten zur Beratung internationaler Fragen und des Wiederaufbaus. Vergangene Woche war eine vom Cobden Club und anderen Freihandelskomitees einberufene Freihandelskonferenz vorausgegangen, woran gleichfalls einige deutsche Delegierte teilnahmen. Diese eindrucksvolle Kundgebung führte zum Zusammenschluß der Freihandelsvereine in einer einheitlichen Organisation zur Bekämpfung des Wirtschaftsimperialismus, der von verschiedenen Rednern als tiefere Kriegsursache bezeichnet wurde. Vom deutschen Standpunkt ist bemerkenswert, daß dies die erste Veranstaltung war, bei der ein deutscher Redner öffentlich sprach. Herr Busse-Berlin erfüllte die Aufgabe aktivoll. Daher war seine Rede recht wirkungsvoll. Weniger glücklich war ein offener Brief eines Frankfurter Professors, der Anlaß zu störenden Erörterungen gab. Während bei der Freihandelskonferenz die Diskussion des Versailler Vertrages ausgeschlossen war, wird er bei der Wirtschaftskonferenz einen wichtigen Gegenstand bilden. Schon deshalb ist diese Konferenz von größerer Bedeutung. Bemerkenswert ist es, daß sich die Presse aller Richtungen bisher aller Polemik gegen die Konferenz enthält, was vergangenes Jahr keineswegs der Fall war. Die Unguust der wirtschaftlichen Lage Englands, das vor den schwierigsten Problemen steht, mag einer ruhigen Überlegung und Erkenntnis der internationalen Zusammenhänge den Boden bereiten helfen.

Rathenau die Einreise nach England verweigert.

London, 11. Okt. Laut „Daily Mail" hat der Minister des Innern ohne Angabe von Gründen die Einreiseerlaubnis für den Direktor der A.E.G. Dr. Walter Rathenau verweigert. Dieser wollte an der internationalen Wirtschaftskonferenz zur Bekämpfung der Hungersnot teilnehmen, die heute in London eröffnet wird.

Deutschland hält an der Idee von Genf fest.

In einer Besprechung des englisch-französischen Gedankenaustausches über das Verfahren zur Festsetzung der von Deutschland geschuldeten Entschädigung führt die „D. Allg. Ztg." aus, daß Deutschland bereit sei, mit jeder der alliierten Mächte oder mit mehreren zusammen den Boden für die Genfer Konferenz zu einer kurzen Besprechung von Sachverständigen vorzubereiten, nur müsse darüber Klarheit herrschen, daß Deutschland an der Idee von Genf festhält. Es sei deutscherseits nichts dagegen einzuwenden, daß diese Vorerörterung in Köln stattfände, nur müßte Vorsorge dafür getroffen werden, daß nicht etwa die Kölner Zusammenkunft als ein Ersatz für die Genfer Konferenz angesehen wird. Die Idee von Genf ist, so schließt das Blatt, durch Zusicherungen festgelegt worden, und es ist selbstverständlich, daß diese Zusagen gehalten werden müssen, über die Art und Weise, wie sie ausgeführt werden, kann gesprochen werden. Es ist aber nicht möglich, daß die Art und Weise der Versprechungen selbst in ihr Gegenteil verkehrt wird, indem anstatt internationaler Verhandlungen auf paritätischer Grundlage zu dem System der Ultimaten und Diktaten, wie in Spa, geschritten wird.

Wieder ein Zeppelin abgeliefert.

Paris, 11. Okt. Der Zeppelinkreuzer „L. Z. 113", der am Freitag von Stettin abfuhr, um an Frankreich abgeliefert zu werden, ist in Maubeuge eingetroffen.

50 000 ungarische Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Budapest, 11. Okt. Wie der „Uj Nemzedek" meldet, sollen zu den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich auch 50 000 ungarische Arbeiter verwendet werden. Im Auftrage des Ministers des Innern begab sich Ministerialrat Albaszy nach Paris, um die Verhandlungen abzuschließen.

Der sozialdemokratische Parteitag in Kassel

Kassel, 11. Okt. Die heutige Vormittagssitzung des sozialdemokratischen Parteitages war außerordentlich stark besucht. Reichspräsident Ebert hat ein Begrüßungstelegramm gesandt. Den größten Teil des Vormittags nahm ein

Bericht des Parteivorstandes

ein. Diesen erstattete Otto Wels. Die Aufmerksamkeit des Hauses war gering. Hermann Müller mußte öfters die Glocke ertönen lassen, weil die Privatgespräche lauter waren als die Worte Stimme von Wels. Dieser wies die Vorwürfe zurück, daß es dem Parteivorstand an Initiative mangle. Die Arbeit des Vorstandes sei heute, weil sie nicht mehr rein organisatorischer Natur sei, bedeutend umfangreicher, als zu Bebels und Singers Zeiten. Dann rechnete er mit den Radikalen ab und stellte dem Satz entgegen, daß revolutionär heute noch lange nicht sozialistisch sein heiße. Mit dem Bolschewismus, dem Bruder des Militarismus, habe der Sozialismus nichts zu tun. Die Partei müsse es ablehnen, eine Politik zu treiben, die lediglich von einer Weltrevolution eine Revision des Vertrages von Versailles erwartet. Das sei gleichbedeutend damit, den Weltkrieg gegen die Entente zu predigen. Den Kommissionen machte er bei Vorwurf, die Reaktion zu stärken. Schärfsten Protest erhob er gegen die Drohung, Danzig den Polen auszuliefern und gegen die Übertragung der Regierungsgewalt im Saargebiet an Frankreich. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich sei nur möglich, wenn Deutschland seine Arbeitskraft in die Wagschale werfen könne.

Der außenpolitische Himmel sei augenblicklich verdüstert durch die Gefahr eines Krieges, weil Frankreich den Krieg einer heiligen Allianz gegen Sowjetrußland anstrebe. Komme es dazu und lasse sich das deutsche Bürgertum in diesen Krieg hineintreiben, dann sei der Bürgerkrieg in Deutschland unausbleiblich. Nur ein internationaler Generalstreik könnte einen solchen neuen Krieg verhindern. Der Redner forderte sodann die sofortige Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland und restlose Durchführung der Entwaffnung, weil sonst die Orgesch- und andere sogenannte Selbstschutz-Organisationen der Arbeiterschaft ein gegenrevolutionäres Heer gegenüberstehen. Die Grundlage des Wiederaufbaues des Wirtschaftslebens bilde die sofortige Verstaatlichung des Bergbaues. Nur dann guten Willen der Bergarbeiter hänge die Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens ab. Hand in Hand mit dem Aufbau der Wirtschaft müsse die Wohnungsreform gehen und die Stabilisierung der Valuta, die nur auf internationalem Wege durchgeführt werden könne.

Dann erstattete Bartels den

Kassenbericht,

wobei er feststellte, daß von einer Massenflucht aus der Partei nicht zu sprechen sei. Nur die Zahl der weiblichen Mitglieder sei um 16 000 gesunken. Dafür sei die Gesamtzahl der Mitglieder um 158 000 auf 1 180 000 gestiegen. Die nächste Aufgabe der Partei sei, für die Preußenwahlen in diesem Winter zu rüsten. Auch eine Neuwahl des Reichstages werde nicht lange auf sich warten lassen.

In der Nachmittagssitzung wurde der Bericht der Reichstagsfraktion erstattet.

In der Nachmittagssitzung setzte eine große Aussprache über den Bericht des Parteivorstandes ein. U. a. beklagte sich Schnabrich-Herzfeld darüber, daß zu sehr die

Schimpf- und Straßenpolitik der Unabhängigen

mitgemacht werde. Hätte von einem Zehntel der Sozialdemokraten nur ein Fünftel den Mut des vielgelästerten Noske, es stände besser um die Partei. — Nachdem Cohen-Reuß für direkte Verständigung mit Frankreich eingetreten war, bekam er einen Zwischenruf: „Besetztes Gebiet!" Darauffin antwortete er, es wäre nicht so schlimm im besetzten Gebiet, man möge die Akten darüber nachlesen, wie die deutsche Besatzungsarmee nach 1871 die französische Bevölkerung behandelt habe. Diese Ausführungen wurden von lebhafter Unruhe begleitet. Eduard Bernstein brachte dann zum Ausdruck, daß die französischen Genossen auf dem Wege nach Moskau seien und deshalb keinen Einfluß auf die französische Politik hätten. Im weiteren Verlauf der Aussprache übte Alfred Felisch-Chemnitz scharfe Kritik am Parteivorstande und stellte die Frage, wie lange es noch zu verantworten sei, die jetzige Regierung am Ruder zu lassen und das Volk nach weiter zu schädigen. Er trat für eine baldige Neuwahl ein. Bei den sächsischen Wahlen in drei Wochen müsse die Regierung des Verrats am Volke angeklagt werden. Die Wahlparole müsse lauten: Weg mit dieser Regierung. Der Parteivorstand habe besonders bei der Frage des Steuerabzugs versagt. Heilmann-Groß-Berlin antwortete Cohen-Reuß auf seine Beschönigung des

Verhaltens der Franzosen im besetzten Gebiet

mit der Gegenfrage: Wer hat denn unsere Gefangenen am längsten zurückgehalten? Er könne sich nicht vorstellen, daß der pommerische Landsturm mit der schwarzen Schmach von heute auf einer Stufe stehen sollte. Tatsache sei es, daß aus dem französischen besetzten Gebiet mehr Klagen als aus dem englisch oder amerikanisch besetzten Gebiet kommen. Wo Frankreich hinkomme, suche es den Kontrakt zu zerreißen. Von der englischen Arbeiterschaft müsse in erster Linie die Revision des französischen Vertrages erwartet werden. Dr. Arnolt Braun-Berlin sprach ein ernstes Wörtchen mit Cohen-Reuß und erinnerte ihn daran, daß der französische Ministerpräsident seinerzeit dem Feldmarschall von Manteuffel herzlichen Dank für die humane Behandlung der Bevölkerung im besetzten französischen Gebiet von 1871—1873 ausgesprochen habe. Wer einmal im besetzten Gebiet gewesen sei, der spreche anders. Zurufe: „Schickt ihn mal hin!" Die Franzosen „verfressen" in einem Jahre im besetzten Gebiete soviel, als die ganze französische Kriegsentschädigung nach dem Frankfurter Frieden ausgemacht habe. Erregt schließt der Redner, wie Frankreich im besetzten Gebiete Stimmung gegen das Mutterland macht. Habe Cohen-Reuß noch nicht von Dr. Dorten gehört? Unbegreiflich ist es ihm, wie er Marschall Foch gelobt habe, der Berlin mit Sprengstoff zudecken und in einen Trümmerhaufen verwandeln wollte, wenn der Versailler Vertrag acht Tage später unterzeichnet worden wäre. Unerhört sei das Verbot der Dieselmotore. Der Parteivorstand möge Cohen-Reuß ein Stipendium an einer Reihe ins besetzte Gebiet bewilligen, damit er die dortigen Zustände kennen lerne. Eisenbarth-Hamburg erklärte, man brauche sich mit Cohen-Reuß nicht mehr auseinanderzusetzen, weil er

---

Um Ruhm und Liebe.

Roman von Arthur Zapp.

44. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Auf Wiedersehen hatte Erich Timar gesagt und es erwies sich schon sehr bald, daß das von ihm nicht die übliche konventionelle Redensart gewesen war. Schon am nächsten Tage machte er ihr einen Besuch, um sich nach ihrem Befinden zu erkundigen und ein paar Tage später schickte er ihr einen Strauß und ein paar Zeilen, in denen er sich seine Bewunderung über ihre Wiedergabe der „Magda" in Sudermanns „Heimat" ausdrückte, in der er sie zum erstenmal gesehen hatte.

„Das Charakteristische Ihrer künstlerischen Persönlichkeit", schrieb er, „ist immer Ihre schlichte Natürlichkeit. Aber wohl niemals haben Sie eine der von Ihnen dargestellten Rollen mit soviel echtem Leben und wahrem Empfinden erfüllt, wie die Magda. Sie haben in vielen Szenen dieses Dramas einer Künstlerin sich selbst, Ihr eigenes Leben dargestellt. Ach, hätte Ihr Vater die in ihre Heimat zurückkehrende Künstlerin, die Sie so ergreifend verkörpert haben, sehen können! Aber seine Abneigung gegen das Theater ist unüberwindlich. Er sagte mir, daß er seit dreißig Jahren kein Theater mehr betreten hat. Ich glaube, wenn ihn einer Sache bringen könnte, Ihre Magda zu sehen, der Gedanke an seine Tochter Käthe würde mächtig in ihm aufgerüttelt werden und das wäre dann der richtige Moment der Versöhnung zwischen Ihnen."

Bald wurde es ihm und ihr Bedürfnis, alle paar Tage ein Stündchen miteinander zu verplaudern. Sie sprachen viel von ihrer Kunst, er von seinen großen Plänen monumentaler Bauwerke, sie von den neuen Rollen, mit deren Studium sie beschäftigt war. Einen großen Teil ihrer Unterhaltung hatten sie anfangs auch der Vergangenheit gewidmet. Aber wie auf Verabredung scheuten sie sich neuerdings das Thema zu berühren, das soviel Schmerzliches in ihnen aufrüttelte, an soviel Torheit, tränenreiche Verschuldung erinnerte, an soviel unwiederbringlich Verlorenes . . .

Einmal, als er gegangen war, dachte sie darüber nach, wie es eigentlich gekommen war, daß sie den Wert dieses Mannes so völlig übersehen, daß er ihr sowenig ihres Interesses wert gedünkt und daß sie sich von dem Talismanzauber des geistig und sittlich so tief unter ihm stehenden Schauspielers habe betören lassen. Da kam ihr die Erkenntnis: Erich Timar, der von einfachen Verhältnissen herkam, hatte in der Gesellschaft niemals ganz seine Befangenheit ablegen können. Von dem, was seinen Geist beherrschte, seine Seele ganz erfüllte, hatte er mit den jungen Damen, die hierfür weder Interesse noch Verständnis besaßen, nicht plaudern können. Sie hatte nur die wenig imponierende Außenseite gesehen, sein damals noch wenig gewandtes, schüchternes Benehmen hatte ihren Spott, ihre Geringschätzung hervorgerufen, während ihr das, was ihm Behendung verlieh und ihn über die meisten Männer seines Alters erhob, verborgen blieb. Das Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Unbeholfenheit und seiner noch wenig imponierenden materiellen Lage hatte ihn zurückhaltend und bescheiden gemacht und niemals hatte er gewagt, der Tochter des reichen Bankdirektors seine stille Verehrung durch Worte oder auch nur mit Mienen und Blicken anzudeuten.

Sie sprachen während seiner ersten Besuche auch nur von Ilse, von der sie ja noch so wenig wußte, denn damals vor zehn Jahren, war sie noch ein geistig und seelisch unentwickeltes Kind gewesen.

„Finden Sie nicht, daß sie viel Ähnlichkeit mit Ihnen hat?" gab er einmal als Gegenfrage zurück.

Sie stutzte, sann nach und verneinte dann mit einer Kopfbewegung.

„Ich kann wohl selbst darüber nicht urteilen. Ich glaube aber, daß sie in ihren Gesichtszügen viel von ihrer Mutter hat."

Ein leichter Schatten huschte über sein Gesicht.

„Vielleicht, was Nase, Schnitt des Mundes und Kinnes betrifft. Aber die Hauptsache, das, was dem menschlichen Antlitz das Charakteristische, der ganzen äußeren Persönlichkeit das Bestimmende, Ausziehende oder Abstoßende verleiht, die Augen hat sie mit Ihnen gemein und auch Ihr Lachen erinnert stark an Sie, Frau Käthe."

Sie lächelte über seinen Eifer.

„Haben Sie das neulich in der Sekkaude festgestellt?"

„Mein, schon längst, schon seit Jahren möchte ich mit Ihrer Familie auf Gesellschaften wieder häufiger zusammengekommen bin. Da ist es mir gleich aufgefallen, und das war es, was mein Interesse auf Ilse lenkte. Und auch sonst, in ihrer ganzen Art sich zu geben, in ihrem zurückhaltenden, in sich gekehrten Wesen, das erst dann aus sich herausgeht, wenn einer sie erkennen, wenn ein Gegenstand, der ihr am Herzen liegt, ihre Anteilnahme weckt. Sie hat viel Phantasie und viel tiefes Gefühl, darin ist sie ganz Ihre Schwester."

Käthe hieß sich nicht merken, wie seine Worte und der Ton, in dem sie gesprochen wurden, sich in sie hineinschmeichelten, die sie fast wie eine Liebeserklärung empfand und mit ihr anzuziehen und sympathisch sie ihn fand, wenn er sich so in Wärme redete und sein Gesicht seine inneren Gefühle widerstrahlte.

„Und wober wissen Sie denn, daß ich Phantasie und tiefes Gefühl besaß?" erwiderte sie, ihm ein neckendes, spöttisches Lächeln zeigend.

„Nicht aus Ihren Gesprächen mit mir", antwortete er und ein wenig Bitterkeit lag in seiner Stimme, „denn mir gelang es ja nie, Sie innerlich anzuregen, aber aus Ihrer Unterhaltung mit anderen habe ich es zuweilen herausgehört — in Ihren Augen gelesen, wenn Sie mit andern sprachen."

Es lag ihr auf der Zunge, zu fragen: „Und wenn Ilse nicht meine Schwester wäre und wenn Sie nicht geglaubt hätten, das in ihr wiederzufinden, was Sie in mir einst gesehen haben wollen, dann hätten Sie sich nicht mit ihr verlobt?"

Aber sie unterdrückte diese Frage, denn sie fürchtete, daß seine Antwort zu weiterer Auseinandersetzung führen würde, die beherzlich sein konnte.

Eines Tages las Käthe in der Zeitung, daß in der Technischen Hochschule eine Ausstellung von Modellen für einen großen Kirchenbau veranstaltet worden war, die nach den besten, aus engeren Wahl gestellten Entwürfen angefertigt worden waren, die infolge eines Preisausschreibens beim Kultusministerium eingegangen waren. Aus der Zeitungsnotiz ging hervor, daß auch Erich Timar sich an der Konkurrenz beteiligt hatte. Ihr Interesse war sogleich wach und sie sprach ihm gegenüber die Absicht aus, die Ausstellung zu besuchen.

„Ich weiß nicht", erwiderte er, „ob der Besuch sich für Sie lohnen, ob es Sie nicht langweilen würde."

„Sie meinen, ich verstehe doch nichts davon?" sagte sie lächelnd. Und als er Einhalt nach erheben wollte, ließ sie ihn gar nicht ausreden.

„Nein, nein. Sie haben vollkommen recht: Ich verstehe wirklich nicht viel davon. Aber ich denke mir, daß man bei gutem Willen auch für einen Gegenstand Verständnis und Interesse gewinnen kann, der einem bisher fern lag, sofern man einen sachverständigen Lehrer und Erklärer zur Seite hat."

Sie sah ihn schelmisch, ein wenig herausfordernd von der Seite an.

„Und der gute Wille ist vorhanden?" sagte er, von ihrer Laune angesteckt.

Sie nickte mit humoristischem Ernst.

„Ja, nun fehlt nur noch der gute Lehrer."

Er verbeugte sich lächelnd.

„Auch der ist vorhanden, wenn Sie es mit ihm versuchen wollen."

Als Vorbereitung zu dem Besuch der Ausstellung hielt er ihr sofort einen kleinen Vortrag über romanische und gotische Architektur. Darauf verabredeten sie Tag und Stunde, und eines Tages in der Mittagsstunde fuhren sie nach Charlottenburg hinaus. Es waren schon zahlreiche Besucher da und unwillkürlich stieg in Käthe der Gedanke auf: Wenn sich nun jemand aus dem Verkehrskreise seiner Familie erblickt in Begleitung von Alfes Verlobten und es der Stiefmutter erzählt?

Aber es war kein Erschrecken, das bei diesem Gedanken über sie kam, vielmehr regte sich ein heimliches Gefühl der Befriedigung in ihr. Was ging es sie an? Hatte sie Veranlassung, sich um die Seelenruhe der geborenen von Mörsfeld zu kümmern?

Auch dem Architekten schien solches Bedenken keine Skrupel zu bereiten, er dachte überhaupt nicht an eine solche Möglichkeit. Er war vielmehr ganz bei der Sache. Seiner Lebhaftigkeit, seinen strahlenden Mienen war anzusehen, welche Genugtuung und welch Vergnügen es ihm gewährte, seiner Begleiterin die einzelnen Modelle zu zeigen, sie in ihren charakteristischen Merkmalen zu erläutern und in dem, wodurch sie sich von den Konkurrenzen unterschieden.

Natürlich wurde die meiste Zeit seinem eigenen Modell gewidmet. Er erklärte ihr, welcher Idee er mit seinem Entwurf Ausdruck zu geben bemüht gewesen und welchen Stil er zur Anwendung gebracht habe.

Sie betrachtete seine Arbeit von allen Seiten, fragte nach diesem und jenem, verglich sie mit den in der Nähe stehenden anderen Modellen, redete sich immer mehr in Eifer und Hitze hinein und erklärte schließlich mit sichtlicher Überzeugung: „Ich finde, Ihre Arbeit ist die schönste von allen, und wenn ich im Preisrichterkollegium säße, ich würde Ihnen unbedingt den Preis zuerkennen."

Er verneigte sich lächelnd und erwiderte mit einer Mischung von wirklichem Empfinden und humoristischer Selbstverspottung: „Ich danke Ihnen herzlich, Frau Käthe. Ich fehe, mein Privatissimum, das ich Ihnen über Kirchen-Architektur gelesen habe, hat Ihr Verständnis schnell gefördert, hoffentlich werden die gestrengen Herren Preisrichter Ihrem Urteil, an dem ich nichts auszusetzen habe, beistimmen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201012-11/fragment/page=0005

bereits vorgeschlagen sei. Nachdem noch Süßheim-Nürnberg die Verhältnisse in Bayern besprochen und dabei erklärt hatte, die Reaktion in Bayern sei zu einer deutschen Frage geworden, nahm Scheidemann das Wort zu folgender Erklärung: Die Delegierten aus dem besetzten Gebiet, die aus begreiflichen Gründen ihre Meinungen nicht zum Ausdruck bringen können, mögen beruhigt sein. Was Cohen gesagt werden mußte, sei schon gesagt worden. Einen zweiten Genossen, der sich so ausdrücken könnte, gebe es im ganzen Reiche nicht mehr. — Diese Erklärung fand lauten Beifall.

Die Debatte wird Dienstag früh fortgesetzt.

Praktische Siedlungsarbeit.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Die durch den Krieg und seine Folgen der Siedlungstätigkeit entgegenstehenden Hemmungen sind derart, daß an eine großzügige, innere Kolonisation im Sinne des Weimarer Siedlungsgesetzes vorläufig gar nicht oder nur im geringen Umfange gedacht werden kann. Die Schwierigkeiten, Neubauten auszuführen, ferner das für die Siedlerhöfe unbedingt notwendige lebende und tote Inventar zu erträglichen Preisen zu beschaffen, lassen eine Aufteilung großer Güter und ihre Besetzung mit bäuerlichen Stellen in großem Maßstabe vor der Hand nicht ratsam erscheinen. Schon bei Beratung des Siedlungsgesetzes in Weimar im Sommer 1919 wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß sich der Ausführung des Gesetzes in der nächsten Zeit gewaltige Schwierigkeiten entgegenstellen werden.

Da war es nun ein außerordentlicher Verdienst der demokratischen Abgeordneten Dr. Böhme und Schmidthals, daß sie bewirkten, außer der Neusiedlung auch die Anliegersiedlung ausdrücklich als einen Teil des in dem Gesetz vorgesehenen Siedlungswerkes festzulegen. Die Anliegersiedlung bedeutet die Vergrößerung bestehender Kleinstellen zu lebensfähigen kleinbäuerlichen Betrieben. In zahlreichen Gegenden des deutschen Reiches gibt es tausende von solchen Zwergstellen, die ihrem Inhaber und seiner Familie ein auskömmliches Leben nicht ermöglichen und ihn zwingen, noch in benachbarten Städten in der Industrie usw. Verdienst zu suchen. Es entspricht nicht nur dem persönlichen Bedürfnis dieser Kleinstelleninhaber, eine selbständige wirtschaftliche Nahrung zu gewinnen, sondern es liegt auch im allgemeinen Interesse, bei der ungünstigen Konjunktur zahlreicher Industriezweige den Arbeitsmarkt zu entlasten. Da kostspielige Neubauten und Neuausstattungen mit dieser Art Siedlungen nicht verbunden sind, so war es seit Erlaß des Siedlungsgesetzes möglich, wenigstens auf diesem Gebiete positive Arbeit zu leisten.

In besonders erfreulicher Weise ging man unter Führung des Abg. Schmidthals in Schlesien ans Werk. In zahlreichen Kreisen wurden Kreissiedlungs-Gesellschaften gegründet, die Hand in Hand mit den Kulturämtern und der provinziellen Landgesellschaft vorgingen. Man verstand es dort, den Großgrundbesitz für die Kleinsiedlung zu interessieren und zu veranlassen, Land zu günstigen Bedingungen abzutreten. — Naturlich werden solche Flächen auf das vom Großgrundbesitz gemäß dem Reichssiedlungsgesetz für Siedlungszwecke abzutretende Drittel später angerechnet. — So wurden bis zum Sommer d. J. in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz eine 16500 Hektar aufgeteilt, davon 8500 Hektar in Form von Pacht, 4200 Hektar in Form von Kauf und 3800 Hektar in Form von Pacht mit Kaufrecht. Auch Oberschlesien weist in dem einen Jahr der Siedlungstätigkeit nicht unerhebliche Erfolge auf. Dort wurden 9500 Hektar an etwa 16600 Käufer und Pächter abgegeben.

Neben Schlesien war besonders Mecklenburg-Strelitz auf dem Gebiete der Anliegersiedlung eifrig tätig. Bekanntlich sind in Mecklenburg die sogenannten Häuslereien und Büdnereien zahlreich vertreten. Ihre Ausgestaltung zu lebensfähigen Kleinbetrieb war in vielen Fällen besonders dringlich. Das Mecklenburg-Strelitzsche Siedlungsamt war deshalb bestrebt, aus umliegenden Domänen-, Großgrundbesitzer- und Großbauernland diesen kleinen Stellen soviel Grund und Boden zu übergeben, daß sie imstande waren, selbständig zu wirtschaften und auszukommen. In rund 5000 Fällen fanden Acker- und Wiesenzulegungen an Büdner und Häusler statt. Auch in anderen Gegenden, wie in der Provinz Sachsen, ist man diesen Beispiel gefolgt.

Wenn auch die Anliegersiedlung nur ein Glied in der Kette einer großzügigen Siedlungstätigkeit bildet, so hat sie sich doch bisher außerordentlich bewährt. Es ist zu hoffen, daß das schlesische und mecklenburgische Beispiel besonders in denjenigen Gebieten, wo der Großgrundbesitz in ungeheurem Ausmaße überwiegt, wie z. B. in Pommern, baldige tatkräftige Nachahmung finden möge.

Merseburg und Umgegend.

12. Oktober.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Die diesjährige Hengstkörung** wird am Freitag den 5. November, vormittags 9½ Uhr, auf der Vogelwiese in Naumburg und am 9. und 10. November im Viehhof in Stendal abgehalten. Mit der letzteren ist eine Privatprämierung und eine Versteigerung verbunden. Die Anmeldungen haben bis zum 19. Oktober d. J. bei der Landwirtschaftskammer in Halle auf besonderen Bogen zu erfolgen, die von der Landwirtschaftskammer abgegeben werden.

** **Vom Versorgungsamt Weißenfels** wird uns geschrieben: „Alle ehemaligen Heeresangehörigen werden darauf hingewiesen, daß alle Anträge 1. in Heimkehr-Angelegenheiten, 2. auf nachträgliche Beförderung und Verleihung von Orden und Verwundetenabzeichen, soweit solche überhaupt noch zulässig sind, 3. auf Entlassungsanzüge und Geldvergütung hierfür, 4. Abfindung mit rückständigen Gebührnissen ab 15. September 1920 an das Abwicklungsamt IV. Armeekorps in Magdeburg zu richten sind und auch von diesen bearbeitet werden. Alle nach dem 15. September beim Versorgungsamt eingegangene und noch eingehende Anträge bleiben unbearbeitet.

** **Schutz des Maulwurfs.** Vom Regierungspräsidenten wird unter Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgendes angeordnet: Der Strafe des § 34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes unterliegt, wer unberechtigt Maulwürfe fängt oder tötet oder in öffentlichen Ankündigungen sich zur Abnahme von Maulwürfen oder Maulwurfsfellen erbietet oder zu ihrem Angebot auffordert. Das Verbot findet keine Anwendung auf den Fang oder das Töten von Maulwürfen in geschlossenen Gärten oder auf Deichen oder anderen Dämmen, die der Abwehr von Überflutungen dienen. Die Ortspolizeibehörden werden ermächtigt, bestimmten Personen den Fang von Maulwürfen auch an anderen als den im vorstehenden Absatz bezeichneten Orten durch Erteilung eines schriftlichen Erlaubnisscheines auf Antrag des Nutzungsberechtigten des Grundstücks zu gestatten, wenn ein besonderes landwirtschaftliches Bedürfnis nachgewiesen wird.

*

95. Bildungsabend.

Mit Johannes Brahms sollte der gestrige Bildungsabend, der im Schloßgartensalon stattfand, bekannt machen, und zwar durch Einführung in das Streichsextett in B dur, das dann auch nachher zum Vortrag gelangte. Dr. Sannemann hatte die einleitenden Worte übernommen. Wir entnehmen ihnen folgendes: Brahms ist ein großer Meister auf dem Gebiete der Streichmusik. Das vorliegende Sextett ist 1860 entstanden. Durch dasselbe wurde Brahms volkstümlich. Nachdem es bekannt geworden war, waren alle Widerstände, mit denen er zu kämpfen hatte, besiegt. Brahms ist ein Norddeutscher; 1833 wurde er zu Hamburg geboren. Durch Joachim wurde er Robert Schumann in Düsseldorf empfohlen, der ihn, als er ihn kennen lernte und spielen hörte, mit Freuden aufnahm. Seit 1869 weilte er zumeist in Wien, wo er 1897 gestorben ist. — Nachdem der Vortragende den Begriff „Musikalisches Thema" erläutert und auf die Meisterschaft Beethovens und Brahms' hingewiesen hatte, zergliederte er das Streichsextett, das nachher zum Vortrag gelangen sollte. Brahms knüpft unmittelbar an Beethoven an. Da er nur musikalisch wertvolle Themen verarbeitete, so war sein Schaffen eine künstlerische Tat. Kein anderer als Robert Schumann selbst hat ihm begeistertes Lob gezollt. Das Streichsextett, von Künstlern, die in Merseburg wohlbekannt sind, mit feiner Einfühlung vorgetragen, zeigte nun den Meister Brahms in seiner Herbheit und Strenge, aber auch mit seiner Keuschheit und Fülle melodischer Schönheiten, sowie dem Reichtum musikalischer Gestaltung. Die Zuhörer spendeten zum Schluß begeisterten Beifall.

Den Freunden der Merseburger Bildungsabende stehen in nächster Zeit hohe Genüsse bevor. Vor allem sei der Nichtbildnerbend am kommenden Montag erwähnt, an dem Gymnasialdirektor Dr. Pilling über Michelangelo sprechen wird. Soviel uns bekannt ist, hat dieser große Meister, der Maler, Bildhauer und Architekt zugleich war, in den Merseburger Bildungsabenden bisher nur wenig Erwähnung gefunden. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß uns von berufener Seite her die Bekanntschaft mit dem großen Künstler der Renaissance vermittelt wird. — Oberlehrer Hemprich lenkte die Aufmerksamkeit noch auf das Auftreten der Haaß-Berkon-Truppe, die Ende Oktober kommen wird, und ferner auf die Ausstellung für Handbetriebkeit im „Herzog Christian" am Sonntag von 11 Uhr an. Diese Woche nehmen die Arbeitsgemeinschaften wieder ihren Anfang.

Handel — Verkehr — Industrie.

Handelspolitischer Rückblick.

Die deutsche Valuta kann sich noch immer nicht erholen, sondern hat fortgesetzt rückläufige Tendenz. Wenn man nach Gründen suchen will, so genügt ein Blick auf die Reichsbankausweise, die nach kurzem Stillstand jetzt wieder eine rapide Steigerung des Papiergeldumlaufs aufweisen. Nicht weniger als 75 (fünfundsiebzig) Milliarden im Umlauf befindlicher Papierzahlungsmittel, also Banknoten und Darlehnskassenscheine, stellt der Ausweis der Reichsbank für die letzte September-woche fest. In der Berichtswoche sind wiederum für 2827 (zweitausendachthundertsiebenundzwanzig) Millionen Mark solche Papierscheine neu im Umlauf gebracht worden. Solange das Reich seine Bedürfnisse vorwiegend auf dem bequemen, aber höchst wirtschaftsschädlichen Wege des Papiergelddruckens deckt, solange kann unsere Valuta nicht gesund werden.

Für den deutschen Export ergeben sich freilich aus der aufs neue so stark gedrückten Markvaluta gewisse Augenblicksvorteile. Auf der Frankfurter Messe drängen sich die ausländischen Einkäufer wieder wie damals, als der deutsche Ausverkauf blühte. Da man für fünf holländische Gulden heute hundert Mark erhält, während man noch vor ein paar Wochen sieben Gulden dafür zahlen mußte, so ist es für die ausländischen Händler wieder vorteilhaft geworden, in Deutschland einzukaufen. Aber ein dauernder Segen erwächst der deutschen Industrie aus diesen Verkaufsverkäufen nicht. Wenn man das erhaltene Geld in ausländische Waren umrechnet — wie müssen ja ausländische Waren in großen Mengen einführen —, so ergibt sich, daß wir unsere deutschen Waren zu billig an das Ausland abgegeben, also verschlechtert haben.

Auch die inländischen Käufer haben inzwischen aus dem Valutasturz, der sich immer als ein dauernder erweist, während man ihn anfangs nur als eine vorübergehende Erscheinung bewertete, die Folgerungen gezogen, daß auf eine Preisverhältnisse nicht mehr zu rechnen ist. Sie stellten ihren so hartnäckig durchgeführten Käufersstreik ein und beginnen nunmehr trotz der hohen Preise ihren dringendsten Bedarf zu decken. Infolgedessen läßt die Frankfurter Messe ganz allgemein im Auslands- wie im Inlandsgeschäft eine starke Belebung des Warenmarktes erkennen.

An der Börse ist die Hausse, die infolge der überaus glänzenden Geschäftsberichte mehrerer führender schwerindustrieller Riesenunternehmungen — Laurahütte, Phönix, Berghau u. a. — entstanden war, schnell abgeflaut. Die Ergebnislosigkeit der Brüsseler Konferenz, die unsicheren innerpolitischen Verhältnisse und vor allem die neu anschwellende Welle der Streikbewegungen haben überaus verstimmend gewirkt. Der schnelle Umschwung und die lebhafte Beteiligung des Privatpublikums, das sein Bargeld in Industriepapiere umzuwandeln bestrebt ist, um den Valutaverlusten zu entgehen, haben eine starke Überfüllung des Börsengeschäfts herbeigeführt. Man hat deswegen in dieser Woche wieder einmal zwei Börsenruhetage eingeschoben, um den Banken Gelegenheit zu geben, erst einmal die Fülle der eingegangenen Aufträge zu erledigen. Diese Börsenruhetage werden hoffentlich dazu beitragen, daß durch die Riesengewinne der Montanindustrie und die schlechte Markvaluta zu Industrieaktienkäufen sich drängende Privatpublikum etwas zu ernüchtern. Die herrschende allgemeine Unsicherheit über das, was die nächste Zukunft bringen kann, sollte Veranlassung geben, die allzu große Spekulation einzuschränken und äußerste kaufmännische Vorsicht wieder allgemein zur Richtschnur zu machen.

Für 100 Mark wurden im Ausland gezahlt

in	am 2. Okt. 1920	am 9. Okt. 1920	Ende Juni 1914	
Zürich	10,10	9,85	125,40	Franken
Amsterdam	5,25	5,05	59,20	Gulden
Kopenhagen	11,85	11,50	88,80	Kronen
Stockholm	8,20	8,00	88 80	Kronen
Wien	516,50	553,50	117,80	Kronen
Prag	121,75	121,75	117,80	Kronen
London	8,19	7,78	97,80	Schilling
New York	1,62	1,61	23,80	Dollar
Paris	24,50	23,75	125,40	Franken

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 76 — Dienstag, den 12. Oktober — 1920

Bekanntmachung.

Ausgabe von Barzahlungsbriefen zu Zahlungszwecken auf das Reichsnotopfer durch die öffentliche Sparkasse in Merseburg.

Die öffentliche Sparkasse in Merseburg ist ermächtigt, für Zahlungen auf das Reichsnotopfer Barzahlungsbriefe im Betrage von 5 Mk. und darüber zum Nennwerte an Zahlungsstatt zu verausgaben. Gemäß den Bestimmungen über das Reichsnotopfer ist der Abgabepflichtige berechtigt im voraus Zahlung zu leisten, für die Summe, soweit die Einzahlung bis zum 31. Dezember 1920 stattfindet, eine Verzinsung von 4 Proz. gewährt wird. Kriegsanleihe wird von Sparkassen für Zahlungen auf das Reichsnotopfer nicht angenommen. Die Kriegsanleihe wird daher bei gleichzeitiger Hingabe einer Bescheinigung der Zeichnungsstelle über die Kriegsanleihelieferungen von Selbstzeichnern werden nachstehend verrechnet:

5% Schuldverschreibungen der 1. bis 9. Kriegsanleihe mit den am 1. Okt. 1920 und später fälligen Zinsabschnitten	98,75 M.
5% Schuldverschreibungen der 1. bis 9. Kriegsanleihe ohne Zinsabschnitte	95,50 M.
5% Schatzanweisungen von 1916 mit den am 1. April 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	96,50 M.
5% Schatzanweisungen von 1916 mit den am 1. Juli 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	96,— M.
5% Schatzanweisungen von 1916 mit den am 1. Okt. 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	95,75 M.
5% Schuldverschreibungen der 1. Kriegsanleihe (1914) mit den am 1. Okt. 1920 und später fälligen Zinsabschnitten	98,75 M.
5% Schuldverschreibungen der 1. Kriegsanleihe (1914) ohne Zinsabschnitte	96,25 M.
5% Schatzanweisungen von 1917 mit den am 1. April 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	97,50 M.
5% Schatzanweisungen von 1917 mit den am 1. Juli 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	97,— M.
5% Schatzanweisungen von 1917 mit den am 1. Okt. 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	96,75 M.
4½% Schatzanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe (1916/17) mit den am 1. April 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	98,75 M.
4½% Schatzanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe (1916/17) mit den am 1. Juli 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	96,25 M.
4½% Schatzanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe (1916/17) mit den am 1. Okt. 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	96,75 M.
4½% Schatzanweisungen der 6. bis 9. Kriegsanleihe (1917/18) mit den am 1. April 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	97,75 M.
4½% Schatzanweisungen der 6. bis 9. Kriegsanleihe (1917/18) mit den am 1. Juli 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	95,50 M.
4½% Schatzanweisungen der 6. bis 9. Kriegsanleihe (1917/18) mit den am 1. Okt. 1921 und später fälligen Zinsabschnitten	97,25 M.

Ferner ist die Städtische Sparkasse in Merseburg berechtigt, Barzahlungsbriefe von 1 Mk. aufwärts zum Nennwerte an Zahlungsstatt zu verausgaben. Die Berechnung dieser Wertpapiere erfolgt zum Steuerkurse vom 31. Dezember 1919. Wegen der verschiedenen Kriegsanleihen und älteren Reichsanleihen sowie der hierfür festgesetzten Übernahmepreise ergeht demnächst eine besondere Bekanntmachung. Wir empfehlen den Steuerpflichtigen, von der Ausgabe der Barzahlungsbriefe in Wertpapiereinlieferungen tunlichst vorzunehmen und nicht bis zum Zahlungstermin zu warten.

Merseburg, den 30. September 1920.

Der Magistrat.

971 **Betr.: Gemeindesteuernacherhebung für 1919.**

Nachdem die Gemeindesteuerordnung, zur Deckung einer für das Steuerjahr 1919 noch bestehenden Lücke, für Nacherhebung einer 10% Gemeindekommensteuernacherhebung in Höhe von 30 v. Hundert von den für das Steuerjahr 1919 veranlagten Staatssteuerbeträgen ausgeschrieben. Dieser Gemeindesteuerordnung der Anlaßbeschluß, daß § 5 a. a. O. an seiner Wirksamkeit nicht der Zeit angestellt werden.

Merseburg, den 5. Oktober 1920.

Der Magistrat.

V 10198.20.

Lustbarkeitssteuer.

Es liegt Veranlassung vor, auf § 10 der Ordnung betr. Erhebung einer Lustbarkeits- und Unterhaltungssteuer in der Stadt Merseburg vom 25. 2. 1919, wonach jede Veranstaltung von Lustbarkeiten Eine Art vor deren Beginn beim Magistrat (Stadtsteueramt) anzumelden ist, hinzuweisen.

Zur Vermeidung Unpünktlichkeit ist jedoch der Veranstalter selbst, wie der Besitzer des Vorführungsraumes.

Gastwirte und Saalbesitzer dürfen die Abhaltung steuerpflichtiger Veranstaltungen in ihren Räumen nicht dulden, bevor ihnen nicht die Unterhaltungsbeteiligung, welche jedem Anmeldenden erteilt wird, vorgelegt worden.

Auch wird darauf hingewiesen, daß für die Zahlung der Steuer der Veranstalter und, falls ein geschlossener Raum für die Veranstaltung benutzt wird, auch der Inhaber des Vorführungsraumes, dieser neben dem Veranstalter auf das Ganze haftet.

Strafe, die Gemeindeordnungen gesetzlich Rechtskraft sind mit einer Geldstrafe bis 30 Mk. oder Haftstrafe bis 14 Tagen, Mitteilung eines Verfahrens wegen Steuerhinterziehung. (§ 17 a. a. O.).

Merseburg, den 5. Oktober 1920. Nr. V. 112 90/20.

Der Magistrat.

Gaspreis.

Der Gaspreis für Monat Oktober 1920 beträgt
a) für Leucht- und Kochgas je cbm 1,50 Mk.
b) für Mingas je cbm 1,60 Mk.

Merseburg, den 11. Oktober 1920.

Der Magistrat.

VIII 283.20.

Ausgabe von Butter

am Sonnabend, den 16. Oktober 1920.

Es werden zugeteilt: Preis zum 1.55 M.
50 g Butter zum Aufstrich mit dem Aufdruck K 50 g Butter zum Preise von 1.55 M.

Merseburg, den 11. Oktober 1920.

Tgb.-Nr. L A II 2189/20. Das städt. Lebensmittelamt.

Druck und Verlag von Th. Nössner in Merseburg.

Meine **Sprechstunden** Mittwoch, 13. Okt. **fallen aus.**

Steuerberatungsbüro Franz Stoebe.

Frauen

lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate. Bestellen Sie bei **Regelstörung, Stockung** nur meine auch in verzweifelten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht und mir dankbar sein. Diskr. Vers. mit Garantie, völlig unschädlich, andernfalls Geld zur. Wirkung in 2 Tagen. Täglich Dankschreiben über schnelle und sichere Wirkung.

Fr. A Lemke, Hamburg 332, Grindelallee 149, I.

Geschlechts-kranke jeder Art (Harnröhrenleiden frisch u. spez. veraltet, Syphilis, Mannesschwäche, Frauenleiden) wenden sich sofort vertrauensvoll an **Specialarzt Dr. med. Dammann** Berlin S 103 Potsdamerstr. 123 B. Sprechst.: 9—11 u. 2—4, Sonntags 10—11 Uhr. Belehrende Broschüre mit tausenden freiw. Dankschr. u. Angabe bester Heilmittel (ohne Quecksilber u. andere Gifte, ohne Einspritz., ohne Berufsstör.) gegen 1.— Mk. diskret in verschl. Kuvert ohne Aufdruck. Leiden genau angeben.

Läuse- vertilgen Sie in 1 Stunde unter Garantieschein jede **Plage** a. Fläche, Brut (Nissen) b. Mensch und Tier u. pat. gesch. Mittel „Bckolda". Für Wunden unschädlich — Versand in Merseburg bei Fr Freygang, Große Ritterstraße 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201012-11/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Fernspr. Nr. 324. :—:

Mit dem wöchentlich 7 mal igen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 230 — Dienstag den 12. Oktober 1920 — 47. Jahrg.

Der Sparsamkeitsminister.

Der mitgeteilte Kabinettsbeschluß über die Maßnahmen zur Sparsamkeit verdient ernsthafte Beachtung in der gesamten deutschen Öffentlichkeit. Der Finanzminister wird danach in Zukunft seine Hauptaufgabe in der Sparsamkeit überhaupt sehen müssen, und als Sparsamkeitsdiktator ist ihm ein besonderer Reichskommissar zur Seite gestellt. Wir wollen hoffen, daß dieser neu geschaffene Posten des Reichskommissars zur Herbeiführung größtmöglichster Sparsamkeit nun wirklich der letzte Posten ist, der geschaffen wurde. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß der Beamtenapparat des Reichs geradezu unheimlich aufgequollen ist. Das hängt freilich zusammen mit den neuen Aufgaben, die dem Reich durch die Weimarer Verfassung zugewiesen sind, die aber jetzt wieder eingeschränkt oder eingestellt werden müssen. Man mag das in politischer Hinsicht mandmal bedauern. Über allem steht aber zur Stunde das Gebot zur Sparsamkeit, und das Gebot ist das allererste und muß aufs unbedingteste durchgeführt werden. Nur die wirklich lebenswichtigen Interessen des Reichs müssen gewahrt werden. Alles, was darüber hinausgeht, muß in Wegfall kommen. Das klingt radikal, aber auch nur, wenn es radikal befolgt wird, ist eine Sparsamkeit möglich. Bisher bestand die Tatsache, daß infolge der Reichssteuergesetzgebung die Länder und Gemeinden versuchten, alles auf die Schultern des Reichs abzuwälzen, was nur irgendwie abwälzbar war. Auch gegen diese neu aufgebürdeten Lasten hat sich das Reichskabinett gewehrt, und durch seinen veröffentlichten Beschluß besonders darauf hingewiesen, daß auch die Länder und die Gemeinden sehr wohl in der Lage sind, eigene Aufgaben zu erfüllen. In den Leitsätzen ist klar ausgesprochen, daß grundsätzlich neue Beamtenstellen nicht bewilligt werden dürfen, und es ist weiter darauf hingewiesen worden, daß die in einer Kabinettssitzung überstimmten Ministerien — um ihre Ziele durchzusetzen — nicht eine eigene Politik treiben dürfen. Bisher war es nämlich so, daß man auf irgend welchen Schleichwegen doch versuchte, zum Ziel zu kommen, sei es, daß man sich an Reichsratsbevollmächtigte oder an Mitglieder des Reichstags heranmachte, um diese für die eigenen Pläne günstig zu stimmen. Ein solches Vergehen bedeutet unbedingt eine Gefährdung der Staatsautorität und ist weiterhin geeignet, den jetzt kundgegebenen Willen zur Sparsamkeit zu durchlöchern und illusorisch zu machen. Beamte, die trotz dieses Beschlusses derartige Schleichwege gehen, müssen auf jeden Fall zur Verantwortung gezogen werden. Wirklichen Erfolg kann der Finanzminister als Sparsamkeitsminister aber nur dann haben, wenn nicht nur bei der Reichsregierung, sondern auch bei den Ländern und den Gemeinden in gleicher Weise gespart wird, und wenn letzten Endes der Wille zur Sparsamkeit ein allgemeiner Wille des deutschen Volkes überhaupt wird.

*

Die Ernennung des Reichsfinanzkommissars und die Festlegung seiner Kompetenzen erfolgte in der Kabinettssitzung am 10. Oktober. Das Kabinett gibt gleichzeitig die

Leitsätze für die Gesundung der Finanzen

bekannt, mit deren Durchführung eben der Reichsfinanzkommissar beauftragt ist. Das Programm bezweckt die Verringerung der Ausgaben des Reichs und gibt dem Reichsfinanzminister die der schweren Finanzlage des Reichs entsprechende ausschlaggebende Stellung in der gesamten Ausgabewirtschaft des Reiches. Die Stellung des Reichsfinanzministers wird deshalb in folgender Weise

in formeller Weise

geklärt:

1. Es dürfen von keinem Reichsministerium und keiner nachgeordneten Reichsbehörde oder Reichsstelle irgendwelche Maßnahmen, Neueinrichtungen oder Anordnungen, welche neue durch den Reichshaushalt oder sonstige gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können,

ohne vorherige rechtzeitig eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers

getroffen werden. Insbesondere haben alle Maßnahmen zu unterbleiben, welche der endgültigen Entscheidung des Reichsfinanzministers über die Bereitstellung neuer Mittel in irgend einer Weise vorzugreifen geeignet sind.

2. Wird die Zustimmung von dem Reichsfinanzminister versagt, und ist auch durch erneute Verhandlungen des Fachministers mit dem Reichsfinanzministerium eine Einigung nicht zu erzielen, so steht es dem Fachminister frei, die Entscheidung des Reichskabinetts herbeizuführen, sofern es sich um eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit handelt.

3. Beschließt die Reichsregierung in einer Frage von finanzieller Bedeutung gegen die Stimme des Reichsfinanzministers, so kann dieser gegen den Beschluß ausdrücklich Widerspruch erheben. Wird der Widerspruch erhoben, so ist über die Angelegenheit in einer weiteren Kabinettssitzung erneut abzustimmen: gegen die Stimme des Reichsfinanzministers kann nur durch die Mehrheit sämtlicher Reichsminister in Anwesenheit des Reichskanzlers oder in dessen Behinderung seines Vertreters Beschluß gefaßt werden.

4. In Angelegenheiten des Haushalts meldet das Fachministerium seine Forderungen bei dem Reichsfinanzministerium an. Das Reichsfinanzministerium stellt den Haushaltentwurf endgültig fest und legt ihn dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor. Bei strittigen Forderungen ist zunächst eine Einigung zu versuchen. Gelingt eine solche nicht, so hat die Aufnahme der von dem Fachministerium gestellten Forderung in den Haushaltsplan zu unterbleiben.

5. Die von dem Reichskabinett endgültig getroffenen Entscheidungen sind von sämtlichen Reichsministerien und nachgeordneten Behörden und Stellen, sowie von den einzelnen Beamten einheitlich und geschlossen als Wille der Reichsregierung zu vertreten.

In sachlicher Hinsicht

soll sich die gesamte Finanzgebarung und Wirtschaftsführung des Reichs streng nach folgenden Leitsätzen richten:

1. Der Ausgabenkreis des Reichs ist innerhalb der Grenzen der Verfassung so eng wie irgend möglich zu halten.

Neue Aufgaben dürfen nur aufgenommen und übernommen werden, wenn ihre Inangriffnahme ohne jede persönlichen oder sachlichen Kosten für die Reichskasse möglich ist, oder es sich um unbedingt lebenswichtige Interessen des Reichs handelt.

3. Die bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen sind soweit als irgend möglich

einzuschränken und abzubauen

und die Kosten der Verwaltung in jeder Weise zu vermindern. Demgemäß sind die Verwaltungseinrichtungen und Stellen noch reinverwaltungstechnischen Gesichtspunkten auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit nachzuprüfen und im Falle des Bedürfnisses nach einem festen Plan abzubauen. Der beschleunigte Abbau der Kriegsorganisationen, insbesondere der Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen, ferner der Kriegsfonds und der Einrichtungen der alten Wehrmacht ist mit größtem Nachdruck zu betreiben.

4. Bei Leistungen sonstiger Ausgaben ist sowohl auf persönlichem wie auf sachlichem Gebiete die

allergrößte Sparsamkeit

zu üben und mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Ausgaben tunlichst niedergehalten und Ersparnisse gegenüber den Voranschlägen erzielt werden. Demgemäß haben alle nicht zu den Lebensnotwendigkeiten unmittelbar gehörenden Ausgaben vollständig zu unterbleiben oder sind auf das Mindestmaß einzuschränken.

Alle Anträge auf Bewilligung von Reichsmitteln sind auf jede mögliche Kürzung scharf nachzuprüfen und zwar nach rein sachlichen, nicht nach persönlichen oder politischen Gesichtspunkten. Grundsätzlich dürfen keine Ausgaben in den Haushalt eingestellt oder aus Mitteln des ordentlichen Haushalts bestritten werden, für welche eine Deckung durch ordentliche Einnahmen nicht vorhanden ist. Überschreitungen der Ansätze oder außerplanmäßige Ausgaben haben grundsätzlich zu unterbleiben.

Zur Sicherung der Durchführung dieser Leitsätze werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Sämtliche Ministerien haben sofort in eine eingehende Prüfung ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten einzutreten, ob ihre jetzige Finanzwirtschaft und Geschäftsführung mit den Leitsätzen in Einklang steht, und ob und an welcher Stelle Einschränkungen gemacht und Ersparnisse erzielt oder zweckmäßige Änderungen vorgenommen werden können.

2. Für eine Übergangszeit wird ein Reichskommissar ernannt, der dem Reichsfinanzminister beigeordnet ist und unter dessen Verantwortung und unter Mitarbeit der Ministerien für die strengste Durchführung der Leitsätze, insbesondere für die Aufstellung von Plänen und Voranschlägen und ihre gleichmäßige Anwendung zu sorgen hat.

*

Der Reichsfinanzminister über die Besoldungsordnung.

Freiburg, 12. Okt. Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich in einem Schreiben an die „Freiburger Tagespost" über die gegenwärtige finanzpolitische Lage und über die Stellung der Reichsregierung zur Besoldungsordnung und deren Verabschiedung geäußert, wobei er u. a. sagte: Es handelt sich bei meiner Stellungnahme zu weitergehenden Beamtenwünschen nicht darum, dieser oder jener Beamtengruppe etwa aus Gehässigkeitsgründen eine höhere Stufung zuzubilligen oder zu versagen, sondern ich habe sowohl den einzelnen Ministern gegenüber wie auch in der entscheidenden Sitzung der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß es nach meiner Auffassung ganz unmöglich ist, im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage des Reiches solche weitgehenden Umformungen der Besoldungsordnung noch vorzunehmen, da außer dem schon jetzt erwachsenden Mehraufwand von 40 Millionen, die zu den Frühjahrsaufbesserungen hinzukommen, nochmals eine weitere Milliarde hinzutreten würde. Man mag den Finanzminister suchen, der es wagte, an den Reichstag zu treten, um jetzt, nachdem die letzte Ziffer des Fehlbetrages in der ungeheuren Höhe von 67 Milliarden bekannt geworden ist, die Besoldungsordnung des Reiches nochmals umzuformen. Ich habe nie verkannt, daß selbstverständlich nicht alle Härten der Besoldungsordnung nunmehr ausgemerzt sind. Im Besoldungsausschuß des Reichstages [illegible] heit zur Beratung, [illegible] nanzminister und seine [illegible] Minister erinnerte in [illegible] Sitzungen des genannten [illegible] für eine Besoldungsor[illegible]rie, eine Verantwortung [illegible] noch darum, soweit als [illegible] hineinzubringen [illegible] er Beamtenklassen un[illegible]sen, sei Sache des Aus[illegible]us, daß es gelingen wi[illegible] möglich auszugleichen [illegible] die äußerst schwierige [illegible]

Die [illegible] unden als gegenwärtig. [illegible] zwischen allen Schichten [illegible] statt dessen sehen wir leid[illegible]schaftspolitischer Art. [illegible]chende Gegensatz zwischen [illegible] nämlich auf den wirtsch[illegible]gern und Verbraucher [illegible] Die [illegible]mmung im Volke hoch u[illegible]nständen niedrig zu halten [illegible]ann hat ihn die „reine [illegible]ernährungsminister Burm[illegible] als eine Selbstverständlichkeit [illegible] das vaterländische Interesse dringend, daß er unermüdlich [illegible]

Gegenwärtig entzweit der Zank um die Kartoffelpreise Stadt und Land. Von sozialdemokratischer Seite werden die hohen Kartoffelpreise mit der Freigabe der Kartoffelwirtschaft in Zusammenhang gebracht. Dort wollte man zu überhaupt die Zwangswirtschaft erhalten, weil sie dem sozialistischen Wirtschaftsideal so nahe kommt. Deshalb wird jetzt jede Gelegenheit hervorgesucht, um angeblische Nachteile der freien Wirtschaft aufzudecken. So müssen auch die Kartoffelpreise herhalten. Tatsächlich sind aber seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft die Kartoffeln nicht teurer, sondern an vielen Orten billiger geworden! Es darf auch nicht vergessen werden, daß die neue Preisfestsetzung für Kartoffeln vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schmidt errechnet und parlamentarisch vertreten worden ist. Danach betrug der Erzeugerindestpreis für den Zentner 25 M., mit Lieferungsprämien 31 M. Würde die Zwangswirtschaft beibehalten, so kämen auf jeden Zentner noch mindestens 25 M. Unkosten für die Organisation der Kartoffelbewirtschaftung. Wir hätten dann heute Kartoffelpreise im Kleinhandel

Ausdehnung des Gemeindearbeiterstreiks in Sachsen.

Dresden, 12. Okt. (WTB.) Die Lage im sächsischen Gemeindearbeiterausstand ist noch ungeklärt. Über die Einigungsverhandlungen in Dresden verlautet, daß bis jetzt noch keine Einigung zustande gekommen ist.

Plauen, 12. Okt. (WTB.) Die Arbeiter des städtischen Gaswerks und der städtischen Elektrizitätswerke sind heute früh auf Anweisung ihrer Verbandsleitung in den Ausstand getreten.

Chemnitz, 12. Okt. (T.-U.) Der Ausstand der städtischen Arbeiter ist noch nicht beigelegt. Infolge des Mangels an elektrischer Beleuchtung stellt die Post mit Eintritt der Dunkelheit ihre Tätigkeit ein. Auch die Ärzte und Zahnärzte sind in den Abwehrstreik getreten. Die Einigungsverhandlungen werden fortgesetzt.

Demonstration in Braunschweig.

Braunschweig, 12. Okt. (WTB.) Die Arbeiter und Angestellten veranstalteten hier eine Kundgebung gegen die Kartoffelnot und die Wucherpreise. Eine Abordnung begab sich zu dem hier anwesenden Ernährungsminister Dr. Hermes, welcher versprach, einen dringenden Appell an die Kartoffelerzeuger zu richten, und nochmals bei der Reichsregierung vorstellig zu werden. Die Demonstranten erklärten sich vorläufig damit zufrieden.

Gegen die russischen Gewerkschaftsdelegierten.

Berlin, 12. Okt. (T.-U.) Die Delegierten der russischen Gewerkschaften müssen, wie die unabhängige „Freiheit" erfährt, ihren Aufenthalt in Deutschland abbrechen, weil die Delegation aus dem Auswärtigen Amt die Mitteilung erhielt, daß sie sich nur noch bis zum 14. Oktober in Deutschland aufhalten darf. Auch dies darf sie nur unter der Bedingung, daß ihre Mitglieder nicht mehr in Arbeiterversammlungen auftreten.

Prozeß im Cöthener Räteputsch.

Dessau, 12. Okt. (WTB.) Vor einem Ausnahmegericht begann heute der Prozeß gegen zwanzig Rädelsführer des Cöthener Kommunistenputsches, gelegentlich dessen die Räterepublik Cöthen ausgerufen worden war. Unter den Angeklagten befindet sich auch der zeitweilige Vorsitzende des Cöthener Vollzugsrats, Privatlehrer Berg.

Englisch-französischer Dämpfer an die Polen.

Paris, 12. Okt. (T.-U.) Nach dem „Echo de Paris" haben die französische und die englische Regierung beschlossen, im Hinblick auf die Besetzung von Wilna durch den General Zeleznowski eine Note nach Warschau zu senden, in der die Polen aufgefordert werden, in der Grenzfrage ein größeres Entgegenkommen zu zeigen.

Die internationale Wirtschaftskonferenz.

London, 12. Okt. (WTB.) Die internationale Wirtschaftskonferenz wurde gestern hier eröffnet. Die deutsche Reichstagsabgeordnete Frau Krüger gab u. a. ein genaues Bild von der jämmerlichen Ernährungslage Deutschlands. Dr. Walther Rathenau, dem bekanntlich die Einreiseerlaubnis versagt wurde, wurde nicht zu der Konferenz zugelassen, weil er angeblich während des Krieges der Hauptleiter der deutschen Propaganda gegen England gewesen sei.

Verschärfung des Streiks im Zeitungsgewerbe in Berlin.

Berlin, 12. Okt. (TU.) In einer stark besuchten Versammlung der Funktionäre des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurde erklärt, daß die Buchdrucker Berlins jede Arbeit für die Druckereien der Streikenden und Ausgesperrten im Zeitungsgewerbe verweigern werden. Die Redakteure der Firma Mosse haben sich in einer Resolution gleichfalls auf den Standpunkt gestellt, daß die Entlohnung der verheirateten Arbeiter und Angestellten dringend einer Verbesserung bedarf.

Berlin, 12. Okt. (TU.) Das Nichterscheinen Berliner Zeitungen gibt verantwortungslosen Elementen Anlaß, allerlei Putschgerüchte in die Welt zu setzen und dadurch die Bevölkerung zu beunruhigen. Der Berliner Polizeipräsident erklärt, daß kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vorhanden ist. Die allgemeine Lage ist als durchaus ruhig zu betrachten.

Infolge des Streiks erscheinen in Berlin keine bürgerlichen Zeitungen mehr; auch die „Welt am Montag" ist verhindert, zu erscheinen. Es wurde versucht, in Charlottenburg eine sogenannte Einheitszeitung herzustellen, doch weigerte sich das Personal, solche Streikarbeit zu leisten; es wurde sofort fristlos entlassen. Man steht hier vor großen Ereignissen.

Vom unabhängigen Parteitag.

Halle, 12. Okt. (WTB.) Mit fast einstündiger Verspätung wurde der Parteitag der U. S. P. heute vormittag im Volkspark hier von dem Vorsitzenden Artur Crispien eröffnet. Er führte u. a. aus: Wie Deutschland, so leidet die ganze Welt unter dem Zusammenbruch des Kapitalismus. Ökonomisch hat der Kapitalismus abgewirtschaftet, politisch verfügt er noch über stärkere Mächte. Es muß die Aufgabe des klassenbewußten Proletariats aller Länder sein, dem Kapitalismus die politische Macht zu entreißen und eine starke internationale Macht zu errichten, um die Menschheit durch die Verwirklichung des Sozialismus zu einer höheren Kulturstufe zu führen. Redner schloß mit den Worten: Wir zweifeln nicht daran, daß der Parteitag aus den jetzigen schweren Stürmen hervorgehen wird, und seine gewaltige Aufgabe für das Proletariat erfüllen wird. — Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden gewählt Dittmann und Brutz.

Unterzeichnung des russisch-polnischen Vorfriedens.

Warschau, 12. Okt. (T.-U.) In einer Extraausgabe meldet ein hiesiges Blatt aus Riga, daß das Waffenstillstands- und Vorfriedensabkommen von den russischen und polnischen Vertretern unterzeichnet wurde. Das Waffenstillstandsabkommen besagt u. a., die russischen und die polnischen Truppen haben sich je 15 Kilometer von der Demarkationslinie zurückzuziehen. Die dadurch entstehende 30 Kilometer breite Zone wird als neutrale Zone erklärt. 144 Stunden nach dem Waffenstillstandsabkommen werden die Feindseligkeiten eingestellt. Der Waffenstillstand ist für 21 Tage abgeschlossen. Sollte er in diesem Zeitpunkt nicht gekündigt werden, so läuft er automatisch bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages weiter.